



SAGA-GWG vorsichtiger?

Städtisches Wohnungsunternehmen schöpft Marge nicht ganz aus

Am 2. November 2011 war es wieder soweit: In Hamburg wurde der neue Mietenspiegel vorgestellt. Für viele Mieter_innen stellt dieser Mietenspiegel die Grundlage dar, auf der Vermieter_innen erneut kräftige Aufschläge auf die Mieten machen können – denn Mieten können nur auf der Basis des Mietenspiegels erhöht werden.

Die Veröffentlichung des Mietenspiegels war begleitet von starkem Widerstand: Am 29. Oktober 2011 demonstrierten über 6.000 Hamburger_innen unter dem Motto „Mietenwahnsinn stoppen! Wohnraum vergesellschaften!“ für einen grundlegenden Wandel in der Wohnungspolitik. Die Demonstration war der Höhepunkt einer Vielzahl von Aktionen, die von Topfgeschlagen gegen steigende Mieten über ein unangemeldetes Konzert auf dem Schulterblatt, bis hin zu Stadtteilversammlungen in St. Pauli, Altona und Wilhelmsburg reichten. Die Proteste brachten ein-

Mieten nicht mehr leisten können, an den Rand gedrängt werden.

Mit dieser Tatsache sah sich im März 2011 der neue SPD-Senat konfrontiert. Dieselbe SPD, die auf bezirks- und hamburgweiter Ebene seit den 1970ern Prozesse der Gentrifizierung aktiv vorangetrieben hat, um zahlungskräftigere Klientel in die Stadt zu holen, steht nun massiv unter Druck, zumindest so zu tun, als würde sie etwas gegen Wohnungsnot und steigende Mieten unternehmen. Und auch wenn der größere Teil des Immobilienbesitzes in der Hand privater

Da in den Mietenspiegel alle Veränderungen der Miethöhe der letzten vier Jahre einfließen (nicht aber unveränderte Mieten), ebenso wie die Mieten aus Neuvermietungen, ermöglichen alle Steigerungen weitere Mieterhöhungen. Eine Spirale nach oben entsteht. Als größter einzelner Akteur auf dem Wohnungsmarkt könnte die SAGA auf diesen Prozess positiv einwirken – beispielsweise indem sie die Mieten reduziert. Das war eine zentrale Argumentation bei den Protesten gegen den Mietenwahnsinn.

Die Proteste verfehlten ihre

rigierte die SAGA-GWG ihre Zurückhaltung. 18.600 Haushalten flatterten Mieterhöhungen ins Haus. Jedoch im Unterschied zu vorangegangenen Erhöhungen fielen diese geringer aus. Berechnet wird auf Basis des Mietenspiegels von 2009. „Auf diesen Mittelwert rechnen wir maximal 3,7 Prozent drauf“, erklärte SAGA-Vorstand Lutz Basse gegenüber der Mopo. Der Mietenspiegel hätte im Schnitt Mieterhöhungen in Höhe von 5,8% ermöglicht, in Einzelfällen bis zu 18,6%. Dort wo noch nicht auf den Mietenspiegel von 2009 angeglichen wurde, solle um maximal 10% erhöht werden (rechtlich zugelassen: 20%, innerhalb 3 Jahren). Es gäbe eine Obergrenze der Erhöhung von 30 Euro, was für größere Wohnungen einen Unterschied machen kann. Im Lauf des Jahres sollen bis zu 40.000 SAGA-GWG Haushalte Mieterhöhungen erhalten. Damit wäre jede dritte Wohnung der SAGA-GWG betroffen.

Durch die Kampagne des Bündnisses „Mietenwahnsinn stoppen“ ist es gelungen, Druck auf das Unternehmen aufzubauen. Mit den Einschränkungen im Ausmaß ihrer Mieterhöhungen reagiert die SAGA-GWG bzw. der SPD-Senat, der die Richtlinien ihrer Geschäftspolitik vorgibt, auf die starken Proteste von uns Mieter_innen. Jeder Cent, den die Miete nicht auf den Mittelwert des neuen Mietenspiegels angeglichen wird, ist ein Erfolg der Recht-auf-Stadt-Bewegung.

Die Regierung ist bemüht, den Protesten den Wind aus den Segeln zu nehmen. Aber auch die geringen Preissprünge sind für viele Mieter_innen ein harter Brocken, der zur Verdrängung aus der Wohnung führen kann. SAGA-Mieter_innen verfügen in der Mehrzahl gerade nicht über

mal mehr zum Ausdruck, was seit dem Aufkommen der Recht-auf-Stadt-Bewegung vor über zwei Jahren unübersehbar geworden ist: Die Bewohner_innen dieser Stadt sehen nicht mehr einfach zu, wie die Mieten ins Unermessliche steigen und Menschen, die sich die gestiegenen

Unternehmen oder Eigentümer_innen ist, hat der Senat viele Mittel gegen steigende Mieten vorgezogen. Eines dieser Mittel ist die im städtischen Besitz befindliche SAGA-GWG. Diese verfügt mit 130.000 Wohnungen über 15% des Hamburger Wohnungsbestandes.

Wirkung nicht: Als Reaktion auf die vielfältigen Aktionen kündigte Bausenatorin Blankau an, es werde diesmal, entgegen der bisherigen Praxis, bei der SAGA-GWG „keine Mieterhöhungen auf Knopfdruck“ geben. Doch der Druck auf die SAGA-GWG hielt nicht lange vor. Nur wenige Tage nach Weihnachten kor-



MIETERHÖHUNGSALARM

SAGA-GWG : Mieterhöhungen melden

Durch die Kampagne des Bündnisses „Mietenwahnsinn stoppen“ ist es gelungen Druck auf das Unternehmen aufzubauen. Trotzdem sind für viele Mieter_innen auch die geringen Preissprünge ein harter Brocken, der sogar zur Verdrängung aus der Wohnung führen kann. Das Bündnis „Mietenwahnsinn stoppen“ will daher bei weiteren Mieterhöhungen nicht tatenlos zusehen, sondern kündigt erneute Proteste an. Gemeinsam mit den betroffenen Mieter_innen sollen u.a. vor der lokalen SAGA-GWG-Filiale für eine Rücknahme der Mietsteigerung eingetreten werden.

Dazu benötigt das Bündnis Informationen: Teilt mit, wenn ihr von Mieterhöhungen in SAGA-GWG Wohnungen im Zusammenhang mit dem Mietenspiegel hört und schickt uns eure Informationen.

mietenwahnsinn@rechtaufstadt.net
mietenwahnsinn.rechtaufstadt.net



hohe Einkommen. Für viele stellen bereits gestiegene Lebenshaltungskosten und sinkende bzw. stagnierende Löhne massive Probleme dar.

Auch gibt es keinerlei Garantie, dass die SAGA-GWG bei „moderaten“ Erhöhungen bleibt, und nicht in einem Jahr auf die volle Höhe des Mittelwerts des Mietenspiegels erhöht. Ebenso gibt es derzeit keine Aussage, wie stark bei Neuvermietungen die Miete angehoben wird.

Die SAGA-GWG ist in diesen Fällen gar nicht an den Mietenspiegel gebunden, und werden immer wieder Fälle wie in Osdorf bekannt, in denen kräftige Aufschläge gemacht werden.

Es bleibt dabei: Ein radikaler Wandel in der Wohnungspolitik ist nötig!

Dafür dürfen wir Mieter_innen uns nicht mit abgemilderten Verschlechterungen zufrieden geben. Erste Schritte in die richtige Richtung wären ein allgemeiner Mieterhöhungsstopp bei der SAGA-GWG, eine Aufnahme von Bestandsmieten in den Mietenspiegel und eine Mitsprache der SAGA-Mieter_innen bei der Wohnungspolitik des städtischen Unternehmens.

Der Kampf gegen steigende Mieten und für eine soziale Stadtpolitik wird deshalb weitergehen, und zwar dort, wo er am meisten stört: Auf der Straße, bei Wohnungsbesichtigungen vor und in den SAGA-Geschäftsstellen!

Avanti
Projekt undogmatische Linke

Viertel denen, die drin leben

Das Karolinenviertel gehört in Mieter_innenhand

Mieter_innen der steg und weitere engagierte Anwohner_innen haben im Oktober 2011 die Mieter_innengenossenschaft Karolinenviertel gegründet. Wir wollen den derzeitigen Treuhandbestand der steg zu genossenschaftlichem Eigentum machen und in Selbst-Verwaltung bewirtschaften um ihn damit dauerhaft Renditeproduktion und Spekulationskreislauf zu entziehen.

Mit Abschluss des Sanierungsverfahrens soll der Treuhandbestand der steg Ende 2013 an die Hamburger Finanzbehörde rückübertragen werden. Die Hamburger Regierung plant den Verkauf der 923 Wohnungen und 201 Gewerbeeinheiten an die SAGA-GWG und scheint der Ansicht zu sein, mit diesem Schritt „ein sozial verträgliches Mietenniveau im Karolinenviertel nachhaltig zu sichern und möglichen Verdrängungsprozessen aktiv entgegenzutreten.“¹

Diese Auffassung teilen wir nicht. Wir sind nicht damit einverstanden, wie die SAGA Mieten gestaltet und verwendet. Auch die Umwandlung zahlreicher kommunaler Mietwohnungen in Privateigentum, für die das stadteigene Wohnungsunternehmen regelmäßig von der jeweiligen Regierungsoption scharf kritisiert wird, lehnen wir ab.

Warum die gierigen Finger von SAGA-GWG speziell in diesem Stadtteil für die Zukunft nix verloren haben – dazu ein kurzer zeitgeschichtlicher Abriss:

„Der Gebäudebestand auf dem für die port- und Kongresshalle vorgesehenen Gelände zwischen Feldstraße, Glashüttenstraße, Grabenstraße und Karolinenstraße ist als nicht vorhanden anzusehen. Eben-

so braucht die dieses Gelände zerschneidende Marktstraße nicht berücksichtigt zu werden.“

(Ausschreibung eines Planungswettbewerbs der Stadt Hamburg, 1963 für eine Sport- und Kongresshalle²).

Zu diesem Zeitpunkt hat die Stadt (vertreten durch SAGA und andere städtische Träger) bereits alle Häuser und Grundstücke aufgekauft, die sie kriegen konnte. Begründungen, die dafür jeweils erhalten (Messeerweiterung, Kongresshalle, usw.) wechseln sich munter ab und unterschei-



den sich nur unwesentlich von den Plänen der NS-Zeit („Groß-Hamburg-Planung“, Konstanty Gutschow), die von der Elbe über das Heiligengeistfeld bis hinter den Schanzepark einen gigantischen Aufmarschplatz errichten wollten.

Die Stadt hatte im Karolinenviertel kein einziges Haus gekauft, um

eine behutsame Sanierung durchzuführen, sondern um das Viertel ohne großen Verwaltungsaufwand abzureißen. Rund ein Drittel der Häuser und Grundstücke sind seit den 60er Jahren im Besitz der Stadt Hamburg. Bis tief in die 70er Jahre war das einzige städtische Interesse hier das des Kahlschlags und des systematischen Herunterwirtschaftens, z.B. durch gezielte Einquartierung von ‚Gastarbeiter_innen‘ in den 70er Jahren bei gleichzeitigem Nicht-Reparieren von baulichen Schäden – denn ‚Gastarbeiter_innen‘ beschwerten sich nicht. Mieten wurden allerdings kontinuierlich abbassiert.

Seit den 30er Jahren galt das Karolinenviertel, so wie ganz St. Pauli für die moderne Stadtpolitik als Inbegriff der Rückständigkeit.³ Die kleinteilige Verbindung von Wohnen, Arbeiten und Leben in engen Straßen und versteckten Hinterhöfen ist schwer zu überblicken und schwer zu kontrollieren. Unkontrollierbarkeit ist seit jeher ein Hauptmotor für großflächige Sanierung.

Im Zuge eines Paradigmenwechsels in der Sanierungspolitik wurde der städtische Bestand 1990 auf die damalige STEG, mit

dem Auftrag so genannter be-
hutsamer Stadterneuerung über-
tragen. Seitdem findet der Aus-
tausch der Bevölkerung etwas
subtiler statt.

Inzwischen ist ein Umzug in-
nerhalb des Viertels, z.B. für er-
wachsen gewordene Kinder, oder
wenn sich Lebensumstände än-
dern, sogar bei mittleren Einkom-
men kaum noch möglich. Verschärft
wird die Situation mit der
kontinuierlich geringer werden-
den Anzahl von mietpreis- und
belegungsgebundenen Wohnun-
gen im Viertel.

So wie damals das Karoiviertel
und seine Bewohner_innen für
die Stadt Verfügungsmasse
waren, weil strukturell uner-
wünscht und beliebig, so we-
cken die hübschen alten und
zentral gelegenen Häuser heute
Begehrlichkeiten in der städti-
schen Finanzverwaltung. Die
Bewohner_innen haben aller-
dings, heute wie davor das
Nachsehen.

Sowohl Stadtpolitik als auch
Immobilienwirtschaft denken
in Dekaden, wenn nicht mor-
gen, dann mit Sicherheit in zehn
Jahren: Anlagewerte mit garan-
tiert steigender Rendite. Zu allen
Zeiten aber hatte die Stadt null
Interesse an den weniger ver-
marktbareren Bewohnerschichten.

**Wir wollen unsere eigenen In-
teressen vertreten. Darum Mie-
ter_innengossenschaft Karo-
linenviertel. Jetzt.**

www.karogenossenschaft.de

1 SPD HH, 28.09.11, Drucksache
20/1701

2 Schramm, J. Bassewitz, H. v. Hu-
pertz, S., Häuser aus einem Hause,
100 Jahre eines Architekturbüros in
Hamburg: Schramm - v. Bassewitz -
Hupertz; Hamburg 1985

3 Nach dem Planungsideal der ‚mo-
dernen‘ Stadt gemäß der Charta von
Athen (1931) mit der „gegliederten,
aufgelockerten und autogerechten
Stadt“ sollte Stadt in strikte Zonen ge-
gliedert werden: Büros im Zentrum,
Wohnen am Stadtrand und emissions-
intensive Produktion in separaten Be-
reichen. Jeweils verbunden durch
Verkehrsachsen. Unter dieser Prämi-
se fand Stadtplanung bis mindestens
in die 80er Jahre statt.

Afectados por la Hipoteca

Widerstand gegen die Krisenpolitik in Spanien und den USA

„Leerstand zu Wohnraum“ war
das Motto, unter dem im Herbst
2010 über 6.000 Menschen vom
Campus der Hamburger Uni zum
leerstehenden „Astra-Turm“ in St.
Pauli zogen. Während in Ham-
burg die Polizei dafür sorgt, dass
leerstehende Wohn- und Büro-
flächen weiter ungenutzt bleiben,
sind anderswo in der letzten Zeit
soziale Bewegungen entstanden,

2008 auf die Immobilienwirt-
schaft zurück – 20% der Wirt-
schaftsleistung entfielen auf den
Bausektor und verbundene In-
dustriezweige. Die Preise für Im-
mobilen schossen in die Höhe,
während sich unzählige private
Haushalte verschulden mussten,
um sich eine Wohnung kaufen
zu können (in Spanien gibt es
eine Wohneigentumsquote von

Ebene in der „Plataforma de los
Afectados por la Hipoteca“ (kurz
PAH, auf deutsch: Plattform der
Betroffenen der Hypothek) zu-
sammengeschlossen haben.

Grundsätzlich fordert die PAH,
dass Wohnraum keine Ware sein
darf, sondern ein öffentliches
Gut sein muss. Die konkrete Pra-
xis zielt vor allem darauf ab, die
Situation der Betroffenen zu ver-
bessern. Zentrales Anliegen ist
die Modifizierung eines Gesetzes,
das die Entschuldung von Hypo-
thekennehmer_innen regelt. Nach
dem Vorschlag der PAH sollen
Menschen, die die Schulden ihrer
Wohnung nicht mehr abbezahlen
können, die Möglichkeit bekom-
men, die Wohnung der Bank zu
überlassen, bei der sie den Kredit
aufgenommen haben. Im Gegen-
zug sollen sie von allen ihren
Schulden entlastet werden.

Um diese Forderung umzuset-
zen, hat die PAH eine Gesetzesini-
tiative gestartet, die mittlerweile,
bis hin zu den 2 großen Gewerk-
schaften UGT und CCOO und der
sozialdemokratischen Partei
PSOE, von einem breiten politi-
schen Spektrum unterstützt wird.

Wenngleich mit dem Wahl-
sieg des konservativen Partido
Popular (PP) Ende letzten Jahres
die Umsetzung auf landesweiter
Ebene unwahrscheinlicher wurde,
haben derzeit über 100 Stadtreg-
ierungen den Anträgen der PAH
zugestimmt, Entschuldungsmaß-
nahmen einzuführen und Kom-
missionen zur Verhinderung von
Räumungen einzurichten.

Neben dieser Art von Kampag-
nenarbeit besteht ein Schwer-
punkt der PAH darin, Räumun-
gen zu verhindern. Das passiert
über Hilfe in juristischen Fragen
und Verhandlungen mit den kre-
ditgebenden Banken. Auf diese
Weise konnte allein im letzten
Jahr in hunderten von Fällen er-
reicht werden, dass Betroffene
ihre Wohnung gegen Erlass der
Schulden an die Bank abgeben,
weiter zur Miete darin wohnen
bleiben, oder in Sozialwohnungen
umziehen konnten.



für die Hausbesetzungen eine
Antwort auf die sozialen Notla-
gen sind.

Die Rede ist von Spanien und
den Vereinigten Staaten. In beiden
Ländern war es der Zusammen-
bruch des Immobiliensektors,
der im Jahr 2008 zum Ausbruch
der Krise führte. Die Konsequenz
war, dass zigtausende Menschen
ihre Wohnungen und Häuser nicht
mehr bezahlen konnten und ob-
dachlos gemacht wurden.

Ausgelöst durch das Elend von
Armut und Obdachlosigkeit, ge-
stärkt durch die Occupy-Bewe-
gung in den USA und die Bewe-
gung der Indignados in Spanien,
haben sich in beiden Ländern
Gruppen und Netzwerke gebil-
det, die das Ziel haben, Räumun-
gen zu verhindern und geräumten
Menschen ein Dach über dem
Kopf zu erkämpfen. Im ersten Teil
geht es um die spanische Bewe-
gung gegen Zwangsrumungen:

Afectados por la Hipoteca Spanische Bewegung gegen Zwangsrumungen

In Spanien geht der große Teil
des Wirtschaftswachstums bis

fast 90%, das heißt, nur 10% der
Spanier_innen wohnen zur Miete).

Das Platzen der Immobilien-
blase im Jahr 2008 führte zu ei-
nem enormen Anstieg der Ar-
beitslosigkeit (12/2009 betrug
diese 18,9%, bei 15 bis 25-jähri-
gen sogar 44,5%). Parallel sanken
aber auch die Immobilienpreise
stark. Viele Menschen, die ihre
Arbeit verloren, können die Schul-
den für ihren Kredit nicht mehr
tilgen, den sie für den Kauf von
Wohnung oder Haus aufgenom-
men haben. Gleichzeitig ist der
Wert ihrer Immobilien drastisch
gesunken.

Die Folge ist, dass zigtausende
von Wohnungen verpfändet wer-
den. Die ehemaligen Besitzer_in-
nen werden geräumt. Sie bleiben
auf einem unbezahlbaren Berg
von Schulden sitzen. Im Schnitt
werden in Spanien jeden Tag 200
Wohnungen zwangsgeräumt.

Um gegen diese Zustände aktiv
zu werden bildeten sich, ausge-
hend von Barcelona, seit Febru-
ar 2009 an verschiedenen Orten
Initiativen. Mittlerweile gibt es
in über 50 Städten lokale Grup-
pen, die sich auf landesweiter

Das Jahr 2011 stand Spanien im Zeichen massenhafter Sozialproteste. Inspiriert von den Aufständen in arabischen Ländern campierten zigtausende auf den zentralen Plätzen der großen Städte. Die Bewegung der „Indignados“ bedeutet einen neuen Schub im Kampf gegen Zwangsräumungen.

Dort wo keine Erfolge mit Verhandlungen erzielt werden konnten wurde dazu übergegangen zu Räumungsterminen zu mobilisieren. Nachbar_innen schließen sich zusammen und stellen sich der Polizei in den Weg. Auf diese Weise konnten bislang in ganz Spanien, nach Angaben der PAH, über 130 Räumungen verhindert werden.

Allerdings kommt es auch immer wieder zu brutalen Szenen, und in einigen Regionen wie Madrid ist die Polizei, nach anfänglicher Zurückhaltung, im Laufe des Jahres dazu übergegangen hart durchzugreifen um Räumungen durchzusetzen und Bewohner_innen auf die Straße zu setzen.

Um die Obdachlosigkeit abzuwenden, ist die PAH im September des vergangenen Jahres noch einen Schritt weigergegangen: Unter dem Motto „Soziale Arbeit der PAH“ wurden in vielen Städten leerstehende Häuser und Wohnungen besetzt – oft sind es Wohnungen, die den Besetzer_innen vorher gehörten und die nun in den Händen von Banken sind.

Mit dieser Kampagne verfolgt die PAH drei Ziele: Erstens sollen sich Wohnungen wieder angeeignet werden um ihrer sozialen Funktion gerecht zu werden, geräumte Familien sollen nicht auf der Straße leben müssen.

Zweitens soll Druck auf die Finanzinstitutionen ausgeübt werden, damit sie sich auf Entschuldungsmaßnahmen einlassen.

Drittens sollen lokale Regierungen dazu gezwungen werden, alles Notwendige zu tun um das Recht auf Wohnraum zu garantieren.

Wie lange die Besetzungen bestand haben, ist sehr unterschiedlich – während häufig innerhalb weniger Tage geräumt wird, dauert es manchmal viele Monate,

bis Hausbesitzer Räumungstitel erwirken können. Das Mitte Oktober in Barcelona besetzte „Edifici 150“ beispielsweise dient immer noch als Wohnhaus und soziales Zentrum.

Auch unabhängig von Aktivitäten der PAH kommt es in Spanien immer häufiger zu Besetzungen. Vor einiger Zeit fand in Barcelona eine Veranstaltung der „Oficina per l'okupació“ statt, dem in der linken Szene verorteten Büro für Hausbesetzungen. Anstatt der zu erwartenden jüngeren Angehörigen des linken subkulturellen Milieus, waren

die Teilnehmer_innen überwiegend ältere Menschen und Familien. Mit dieser Entwicklung hat sich auch der öffentliche Diskurs über Hausbesetzungen verändert. Sie lassen sich nicht mehr so einfach diskreditieren als Auswüchse einer verwöhnten Jugend die gegen die Gesellschaft rebelliert, sondern erscheinen inzwischen häufiger als notwendige Antwort auf die Bereicherung der Banken.

Das Beispiel Spanien zeigt den Wahnsinn des kapitalistischen Wohnungsmarktes: Menschen werden auf die Straße gesetzt,

weil sie ihre Schulden nicht bezahlen können. Millionenfacher Leerstand von Wohnraum wird mit Hilfe der Polizei durchgesetzt. Gleichzeitig zeigt aber die Bewegung gegen Zwangsräumungen, dass es möglich ist, sich diesem Wahnsinn in den Weg zu stellen, wenn man es schafft, Nachbar_innen zu mobilisieren und unterschiedlich ausgerichtete Kampagnen miteinander zu verbinden.

In der nächsten Ausgabe des verstärker geht es weiter mit Teil 2 über die Kampagne „Occupy our Homes“ in den USA.

Klaus Iltis

Wagenplatz in Hamburg

Ohne öffentliche Diskussion nur ‚süße‘ Utopie?

Zwei Winter voll politischer Feinbilder und die Thematisierung von Wagenleben als juristisches und politisches „Problem“ jetzt neu mit „innenpolitischem Bauchweh“.

Dies ist für Zomia der zweite Winter unterwegs. Im ersten Winter 2010/2011 war im Bezirk Mitte noch „Bambule habe ich auch schon geräumt“-Schreiber im Amt, der es sich zur persönlichen Aufgabe gemacht hatte, jede Art von „Unterstützung“, „Akzeptanz“ oder „Toleranz“ für Wagenleben zu verhindern.

Dann ein paar SPD-Schachzüge – schwupp-di-wupp und flugs ein paar politische Gefälligkeiten getauscht: Wagenplatz nach Altona, weg aus Schreibers Ge-

sichtsfeld. Aber nur dann, wenn die Wagengruppe zum nächsten Gespräch vom Holstenkamp aus Altona anreist. Der Umzug solle sofort geschehen, denn im Bezirk Mitte war die Räumung schon auf Abruf geschaltet.

Der Senat hatte im Hinterzimmer dem Deal zugestimmt. Nun also der zweite Winter. Jetzt mit einer SPD-Altona, die nun „innenpolitische Bedenken“ gegen einen Wagenplatz als innerstädtisches Projekt anführt.

Da kann verhandelt, gesprochen, diskutiert und argumentiert werden. Die Fragen die

konstruiert werden? Was ist bei tief sitzenden Ressentiments konstruktiv zu sagen? Ein „neu aufflammender Konflikt um die Flora“ und „Schanzenkrawalle“ sieht Thomas Adrian, SPD-Fraktionsvorsitzender in Altona. Die „sozialpolitische Katastrophe“ mit Ratten, Drogen à la „wir wissen alle was passieren wird“ beschwor Andy Grote, SPD rückenstärkend die Bürgerschaft.

Sogar vor Rassismen wie der Beschwörung einer „Zigeuner“-Invasion schreckte der Wilhelmsburger Beirat für Stadtteilentwicklung nicht zurück. „Innenpolitisches Bauchweh“ plagt nach eigenen Angaben Kersten Albers (Bezirk Altona) wie auch die SPD-Fraktion Altona.

Hat auf einer solchen Grundlage ein Wagenplatz Chancen gegenüber ökonomischem Verwertungsdruck auf einer innerstädtischen Fläche? Wie können solche Einstellungen, konservativste Wertvorstellungen in der gegebenen Medienlandschaft öffentlich diskutiert werden?

Die vierte Macht im Staate tut ihr übriges um zu reproduzieren, was öffentliche Pressestellen anbieten. Wie also können Vorstellungen durchbrochen werden? Oder ein innerstädtischer Wa-



sichtsfeld. Dort solle dann gehen, was im Bezirk Mitte dreist – unter gleichen juristischen Rahmenbedingungen – als „rechtlich nicht möglich“ eingestuft wurde. „Herzlich willkommen“ sei ein

sich aus der Sicht von Wagenbewohner_innen stellen, bleiben grundlegend: Wie kann ein Wagenplatz in Hamburg durchgesetzt werden oder Bestand haben, wenn Wagenplätze als „Problem“

genplatz an diesem Vorstellung- gen vorbei, öffentlich durchge- setzt werden? Fragen, die die Wagengruppe Zomia öffentlich diskutieren möchte.

In Hamburg kann kein Ort für einen Wagenplatz gemietet oder gepachtet werden, auch nicht privat. Das Hamburger Wagen- gesetz sieht vor, dass das Leben im Wagen über die Schreibtische der Bezirkspolitik und der städti- schen Behörde für Stadtentwick- lung und Umwelt (BSU) geht.

Dort wird politisch verunmög- licht, so etwas wie einen Antrag zu stellen und einfach eine Ge- nehmigung zu bekommen. Die Entscheidung für einen Wagen- platz oder dagegen ist eine politi- sche. Wenn es gut läuft, wird diese in einer öffentlichen Ausei- nandersetzung getroffen und nicht von (Partei-)politik und Verwal- tung.

Die Diskussion um Wagenplät- ze in Hamburg ist einer von vie- len Ausdrücken einer verfehlten Stadtpolitik. An Bedürfnissen von Menschen vorbei werden Maß- stäbe einer ökonomischen Ver- wertungslogik einerseits und einer unsozialen Vertreibungs- und Verdrängungsstrategie ander- seits anlegt. So wird der Kreis derer die sich in der Stadt aufhal- ten, können, wollen oder dürfen, es sich leisten können oder die Ressourcen haben ihre Interes- sen einzufordern immer kleiner – und entspricht immer normierte- ren Vorgaben.

Aber: Zomia ist noch da und Wagenbewohner_innen verschwin- den auch nicht. Sie sind auch in Hamburg nicht wegzudenken. Wir machen weiter – aktuell und akut für einen innerstädtischen Ort für den Wagenplatz Zomia als politisches Kulturprojekt in Hamburg! Wir planen Veranstal- tungen – egal an welchem Ort wir sein werden. *Wagenplatz Zomia*
zomia.blogspot.eu
wagenplatz@riseup.net

Update

Die Wagengruppe kann, nach derzeitigem Stand und unserem Verständnis – bei noch offener Zustimmung der Fachbehörden, oder bis zu einer Änderung des Be- bauungsplans, oder max. 2 Jahre die „Brammerfläche“ an der Max- Brauer-Allee zwischennutzen.

Argentinien, Spanien, Altona ...

Stadtteilversammlungen selber machen

Im Herbst 2011 kam im Vorbereitungsbandnis zur „Mietenwahnsinn Stoppen“ Demo die Idee auf, in dezentralen Stadtteilversammlungen über die jeweilige mietenpolitische Situation vor Ort zu reden und damit gleichzeitig für die stadtweite Demonstration zu mobilisieren. Mit dieser Idee wurden bei uns, der Altonaer Plattform gegen Verdrängung, offene Türen eingearnt.

Unser Anspruch als Plattform ist es, alles zu be- und verhin- dern, was die Verdrängung von uns und unseren Nachbar_innen verursacht. Für uns ist der Erhalt des Status quo kein Selbstzweck. Wir begreifen Altona-Altstadt und Nord in ihrem Charakter als pro- letarische Quartiere, als „Mög- lichkeitsräume“, in denen Soli- darität und Widerstand gegen aktuelle kapitalistische Zumutun- gen sichtbar gemacht, initiiert und verbreitet werden kann.

Diesem Selbstverständnis fol- gend suchten wir eine Organisie- rungsform, die gewährleistet, Ver- einzelung und Resignation der von Verdrängung Betroffenen auf- zuheben und unser aller Selbst- ermächtigung zu ermöglichen. Wir fanden sie in der Idee einer dauerhaften Stadtteilversamm- lung.

Diese sollte nicht Bündnistref- fen sein und nicht Forum allein derjenigen, die ihre Interessen als gut Informierte und Gebilde- te in Umstrukturierungsprozes- sen, wie sie aktuell in Altona- West ablaufen, immer vertreten können. Sie sollte den Austausch Betroffener ebenso ermöglichen, wie gegenseitige Unterstützung. Und, mit ihr sollte Raum ge- geben werden für die Gründung ei- genständiger Initiativen in Form von Arbeits- und Aktionsgrup- pen, die zwischen den Versamm- lungen unterschiedliche Themen beharken, um Ergebnisse und Er- fahrungen in die Versammlung zurückzutragen.

In der Vergangenheit wurden im Zusammenhang mit der An- wohner_innen-Initiative „Kein Ikea In Altona“ bereits Erfahrun- gen mit sehr gut besuchten Stadt- teilversammlungen gemacht.

Zum Teil hatten diese Ver- sammlungen eher den Charak- ter von Informationsveranstal- tungen (Input durch das Podium

und anschließende Diskussion). Diese Form fand zwar großen Anklang und befriedigte das In- formationsbedürfnis der Nach- bar_innen, aktivierte diese aber nur begrenzt zu eigener Aktivität.

Ein anderer Versuch war eine Versamlungsform, in der nach einem kurzen Informationsblock Arbeitsgruppen zu verschiede- nen Themen angeboten wurden, die sich nach der Versammlung verstetigen sollten. Augenschein- lich waren die erstmalig mobili- sierten Menschen mit diesem An- satz überfordert.

Als wir nach Erfahrungen für die Idee der Stadtteilversamm- lung suchten, fielen uns als erstes die aktuellen Versuche von Vier- tel-Plenas aus Griechenland und Spanien, oder die Asambleas aus Argentinien in den Kämpfen von 2006 ein. Dabei hätten wir gar nicht so weit weg suchen müssen. Auch in Hamburg gab es in jünge- rer Vergangenheit entsprechende Versuche.

So beschreiben etwa Dirk Hau- er und Pia Peddinghaus in ihrem Aufsatz „Der Sozialstaat zeigt die Zähne“ 1998 einen Versuch, vor dem Hintergrund einer breit und kontrovers geführten Debatte um Drogenkonsum und -verkauf im Schanzenviertel, eine organi- sierte „linke Alltagsalternative gegen Vereinzelung“ zu initiie- ren.

Ziel dieses Stadtteilplenums war es, statt in einer Politik der Abgrenzung autonomer Gruppen verharren – auf der einen Seite sozialverbandlicher Stellvertre- ter_innenpolitik sozialer Ein- richtungen, auf der anderen Sei- te die lokalen Initiativen – „in organisierter, öffentlicher und of- fener Weise darüber zu reden, wie wir die Situation einschätzen, wel- che Bedürfnisse wir haben, welche Ansprüche wir an ein gutes Leben im Schanzenviertel stellen und

welche politischen Forderungen wir daraufhin aufstellen und mit geeigneten Mitteln durchsetzen wollen.“

Dieses Plenum sollte kein „ge- mütlicher Vierteldialog“ sein, sondern den organisatorischen Rahmen bilden um einem brei- ten Bedürfnis nach Diskussion Raum zu bieten und gleichzeitig in scharfer Form auch linke Po- sitionen in alltägliche Ausein- andersetzungen konfrontativ in die Debatte einzubringen.

Im Ergebnis wird dieser Ver- such von den Autor_innen als po- sitive Erfahrung bewertet. Freilich schränken sie die Möglichkeit eines solchen „Stadtteiltreffs in Permanenz“ als Selbstorganisa- tionsansatz auf hochpolitisierte und bewegte Zeiten ein.

Diese Einschätzung teilen wir grundsätzlich. Wir erfuhren bei unseren Aktivitäten im Stadtteil in den letzten Monaten und in vie- len Gesprächen ein solch hohes Ausmaß an beständiger breiter Verunsicherung und Wut über die Mechanismen der einsetzenden Aufwertungs- und Verdrängungs- prozesse, dass wir die Voraus- setzungen der Organisation ei- nes kollektiven Austausches, der Möglichkeit zum Widerstand in Form, einer sich entwickelnden, dauerhaften Stadtteilversamm- lung durchaus gegeben fanden. Vor dem Hintergrund der extre- men geplanten Umstrukturie- rungen in Altona-West, wird sich die Brisanz voraussichtlich eher erhöhen als vermindern.

Dem Anspruch folgend, mög- lichst viele Menschen auch ohne Organisierungserfahrung einzu- binden, haben wir versucht der Stadtteilversammlung nur eine minimale Struktur zu geben. In Aktiventreffen der Delegierten der Arbeitsgruppen wird eine Ta-

gesordnung erarbeitet und der Versammlung vorgeschlagen. Die Versammlung selbst wird moderiert.

Seit September 2011 haben wir jeden Monat eine Stadtteilversammlung durchgeführt. Im Schnitt besuchen 30 Nachbar_innen die Versammlung. Es gibt inzwischen einen festen Kern an Besucher_innen, aber es kommen auch immer neue hinzu. Es kommen Nachbar_innen mit Organisationserfahrung, ebenso wie solche, die noch nie zuvor eine Versammlung in dieser Form besucht haben.

Mehr noch als die Anzahl der Teilnehmer_innen interessiert uns, ob die Stadtteilversammlung unsere Ziele bezüglich der sozialen Zusammensetzung und der Aktivierung der Nachbar_innen erfüllt.

Nach einem halben Jahr kann dies mit einem eindeutigen „Teils-Teils“ beantwortet werden.

Zwar findet sich die Sozialstruktur der umliegenden Viertel nicht vollständig bei den Besucher_innen der Versammlung wieder, aber es ist auch keineswegs so, dass sich hier nur informierte Akademiker_innen treffen. Ähnliches kann auch für das Ziel der Selbstermächtigung festgestellt werden. Bereits informierte und in Organisation erfahrene Nachbar_innen ergreifen eher die Initiative. Beispielhaft das Gründen eigener Arbeitsgruppen.

Allerdings möchten wir den Anspruch der Selbstermächtigung auch nicht so eng fassen, dass darunter nur etwa die Initiierung einer Unterschriftenliste zu verstehen ist. Wenn beispielsweise eine Nachbarin das Wort ergreift, um erstmals öffentlich über ihre Angst und Wut über eine befürchtete Verdrängung zu reden, so sehen wir das als eine erste, hoch zu schätzende und wichtige politische Handlung.

Zumal dann, wenn sich die damit geschilderten Probleme – in vielen Fällen konkrete Mietsteigerungen die nicht mehr getragen werden können – oftmals nicht so einfach und schnell mit kollektivem Widerstand be-

antworten lassen wie beispielsweise die Wegnahme öffentlichen Raumes durch einen privaten Investor.

So steht momentan auch die Mobilisierung gegen die neuesten Investorenträume von Bruhn und Co. in der Großen Bergstraße eher im Vordergrund der Aktivitäten der Stadtteilversammlung, als eine Fortsetzung der lokalen Kampagne gegen mietspiegelbedingte Mietsteigerungen.

Es ist ein großer Erfolg, dass sich über die Stadtteilversammlung innerhalb kürzester Zeit eine Selbstorganisation zu diesem Thema gebildet hat. Dennoch bleibt es ein Widerspruch, dass für eines der massivsten Probleme vieler Menschen vor allem in Altona-Altstadt – Mietsteigerungen durch Mietenspiegel, Modernisierungen und energetische Sanierung – bislang in der Stadtteilversammlung, über einen allgemeinen Austausch hinaus, keine konkrete, kollektive Antwort definiert werden konnte.

Über das Genannte hinaus eig-

net sich die Versammlung natürlich auch, um Informationen zusammenzutragen und Erfahrungen auszutauschen. An gut besuchten Abenden stellte sich allerdings schon jetzt das Problem der begrenzten Zeit, um das allen befriedigend zu ermöglichen. Auf der letzten Versammlung wurde daher begonnen, eine dezentrale Vernetzung von direkten Nachbar_innen zu organisieren.

Damit die Stadtteilversammlung allerdings zukünftig nicht doch noch zu einem Bündnistreffen von Initiativen, Nachbarschafts- und Arbeitsgruppen zusammenschumpft, sondern einen eigenständigen politischen Ausdruck erhält, werden aktuell ähnlich wie von der Stadtteilversammlung S.O.S. St. Pauli einige konkrete Forderungen an Stadt und Bezirk diskutiert, die demnächst verabschiedet werden sollen.

Für ein abschließendes Fazit über die Möglichkeit einer Selbstorganisation von Nachbar_in-

nen in Form einer dauerhaften Stadtteilversammlung sind unsere Erfahrungen noch zu frisch. Es bleibt wohl immer eine Organisationsform, die erst einmal nur dort funktioniert, wo brennende Konflikte bestehen – aber wo bestehen die derzeit nicht in Hamburg?

Und sollten sich die Freunde und Freundinnen aus St. Pauli und Wilhelmsburg dazu entschließen ihre bislang einmaligen Versammlungen zu verstetigen, könnten wir in einiger Zeit ein wirkliches Resümee ziehen – oder sogar eine neue Organisationsform in der Stadt begründen, verbreiten und verankern.

Stadtteilversammlung Altona-Altstadt und Altona-Nord:
Jeden ersten Donnerstag im Monat um 19 Uhr,
Treffpunkt Altona
Große Bergstrasse 189.

Karl Buhnke – Altonaer Plattform gegen Verdrängung

Deichwirren

Was ein Deich mit Leitbildern zu tun hat

Wer die Bewohner eines ganzen Stadtteils „qualifizieren“ will muss vielleicht Opfer in Kauf nehmen. Im Nordwesten der Insel Wilhelmsburg gibt es eine Baustelle. Dort treffen Straße, Deich und Elbkanal zusammen.

Ruhig ist es hier am Sonntag. Wochentags lärmt der Schwermastverkehr. Vom Deich aus kann man die entfernte Elbe erahnen, die soll nun auf 19 Meter vertieft und teils um 20 Meter verbreitert werden. Damit steigt die Fließgeschwindigkeit und die Gefahr starker Fluten auch für die Seitenkanäle. Die 160 Jahre alte „Ernst August Schleuse“ im Nordwesten der ‚Elbinsel‘ wurde durch einen Neubau ersetzt. Die Deiche sollen erst später erhöht werden.¹

Eigentlich gilt während Sturmflutperioden ein Ruhegebot für Deiche, dennoch wurde ein Stück aus dem Wall entfernt. Eine große Menge Wasser drückte bereits im Dezember schon bei einer leich-

ten Sturmflut durch – und schuf sich eigene Bahnen.

Sicher kann man sich nicht sein, dass die „Hamburg Port Authority“ (HPA)⁴, als Oberaufsicht über Hafenanlagen und Wasserstraßen im Hamburger Süden, verständlich, rücksichtsvoll und koordiniert gehandelt hat.

Es ist nur eine Vermutung, dass in diesem Fall für die Steigerung des touristischen Werts unter Zeitdruck, schließlich ist es weniger als ein Jahr bis zur Eröffnung der IBA und IGS, fahrlässig die Sicherheit der Anwohner und Anwohnerinnen auf's Spiel gesetzt wird.

Vielleicht versperrt das Große und Ganze der Aufwertung den Blick. Hier am Kanal soll einmal

die Ansiedlung von Künstlern, Gastronomie und Barkassenanleger einen attraktiven sportnahen Anziehungspunkt in das dann „hochwertige“ Altbauviertel Reierstieg und den Grünzug Wilhelmsburg bieten.

Der Stadtteil soll für bestimmte Bevölkerungsgruppen attraktiviert, der ökonomische Wert gesteigert werden. Es soll sich hier wie dort wieder lohnen. Bestenfalls stören die Bedürfnisse und Wünsche der „Bestands“-Einwohner_innen, in der Regel scheinen sie ignoriert zu werden.

Nicht nur ‚zwischen den Zeilen‘ in den Senatpublikationen zur Stadtplanung in Wilhelmsburg lässt sich lesen, wie sich eine zukünftige Bevölkerungs- und räumliche Struktur im Stadtteil vorgestellt wird. Beständig spricht ‚man‘ dort von einer Aufwertung und Qualifizierung der lokalen Bevölkerung oder des Bevölkerungsschnitts – und meint doch nichts anderes, als die Verdrängung von Menschen, die sich

nicht ausreichend in den Konsumrummel einbringen wollen oder können.

Nach dem immer noch gültigen Leitbild der „Stadt als Unternehmen im internationalen Wettbewerb“, erschiene eine Rentabilisierung durch „Freisetzung“ von nicht ausreichend profitablen Bewohner_innen folgerichtig. Dass öffentliche „Räume“, die von Anwohner_innen gewünscht und benötigt werden, profitableren (Aus-) Nutzungsmöglichkeiten anheim gegeben werden erscheint, nach der perfiden Logik der politischen Verwaltung, fast selbstverständlich.

In den zahllosen behördlichen Leit-³, Master- und Zukunftsplänen zur Hamburger Stadtentwicklung wird offen formuliert was Aufwertung und Qualifizierung für uns in dieser Stadt heißen

und bewirken soll. Infrastruktur und lokale Bevölkerung sollen den gesteigerten ökonomischen Verwertungsinteressen im städtischen Raum angepasst werden. Durch Zuzug kaufkräftiger Kundenschichten und durch Wegzug der weniger leistungsfähigen.

Ökonomisch eher schwachen Bevölkerungsteilen wird ein ‚Bleiberecht‘ auf 15 Jahre in öffentlich geförderten Neubauten eingeräumt – mit einem Gesamtanteil nicht über einem Drittel der Bewohner_innen.

Nicht nur die ‚Internationale Bauausstellung‘, unter Federführung der BSU, und die IGS sind Akteure mit großem Einfluss auf die stadtpolitische Entwicklung Wilhelmsburgs. Auch die SAGA-GWG als stadt-eigenes Wohnungsunternehmen, GAGFAH, Bau-Ge-

nossenschaften und vor allem die HPA, ausgestattet mit großen Eigenbefugnissen, greifen sehr stark in die Entwicklung ein.

Etwa 1/10 (ca. 8.000 ha) der Fläche Hamburgs werden von der HPA4 unter dem Hafentwicklungs-gesetz (HafenEG)² als „Eigentümerin“ verwaltet. Ungefähr 1/3 der Fläche Wilhelmsburgs, inklusive fast aller Flüsse, Flusswirtschaftswege und Seen, sind Hafennutzungsgebiet.

Fast alle Flächen grenzen nah an Wohngebiete oder befinden sich in Wohngebieten, fallen aber unter die Ausnahmebedingungen des HafenEG³. Das HafenEG sieht sehr starke Ausnahmen im Naturschutz, Denkmalschutz, Baurecht, Immissions- und Emissionschutz vor, ebenso wie in den Einspruchs- und Schutzrechten von Anwohner_innen.

³ „Zur Einordnung der sozialen Struktur () wurden Rückschlüsse auf besondere Problemlagen () gezogen. () Stadtteile ()(wie) auch () Wilhelmsburg zeigen eine eher ungünstige Situation. (...) Entwicklungsimpulse sind zu nutzen und () auszubauen. Dabei kann an () etablierte Standorte (u.a. Rotherbaum, Ottensen, Othmarschen, Eppendorf etc.) angedockt werden. Es müssen () neue Lagen durch standortaufwertende Maßnahmen erst vorbereitet werden. ()“

Andreas Lange

¹ hamburg-port-authority.de

² de.wikipedia.org/wiki/Hamburger_Hafen

³ hamburg.de/contentblob/155068/data/raeumliches-leitbild.pdf

⁴ Als Anstalt öffentlichen Rechts eine Unterabteilung der Behörde für Wirtschaft und Arbeit (BWA)

Frauenmusikzentrum gekündigt

Kulturinstitution soll Räume verlieren

2012 sollte ein Jubeljahr werden – 25 Jahre Frauenmusikzentrum (fmz). Eine einmalige Institution deutschlandweit, die sich zum Ziel gesetzt hat, Frauen im Rock/Pop-Bereich zu unterstützen und zu fördern.

Es war eine Frage der Zeit, bis sich die Gentrifizierungsprozesse in Ottensen auch gegen das Frauenmusikzentrum richten würde. Der Vermieter will nun verkaufen und kündigt dem fmz zum 31.03.2013. Eine Katastrophe, die die jahrelange erfolgreiche Arbeit mit einem Schlag zunichte machen könnte!

Das fmz ist mit dem Stadtteil gewachsen und verwachsen. Vor 25 Jahren fand der gemeinnützige Verein im Hinterhof in der Großen Brunnenstraße sein Zuhause. Seither wurde das Musikzentrum über die Jahre hinweg ausgebaut, zuletzt 2006 mit großem Aufwand und mit großer öffentlicher Förderung.

Heute ist das Frauenmusikzentrum Anlaufstelle für über 100 aktive Musikerinnen. Fünf voll ausgestattete Proberäume, Unterricht, Workshops und Konzer-

te von Poprock über Klassik bis Songwriting finden im Hinterhof an der Großen Brunnenstraße statt. Hier spielt die Heavymetalband neben der Opersängerin, die Bigband neben dem Dudelsackduo, die Rockband neben der Perkussiongruppe.

Der Verein finanziert sich zu großen Teilen über die Musikmachenden Frauen und diese brauchen gerade das belebte Wohngebiet, in dem sie sich auch abends sicher fühlen.

In Zeiten sehr knapper Proberaummöglichkeiten ist die Kündigung ein Desaster. Viele der Profimusikerinnen sind davon abhängig, zu den günstigen Konditionen im fmz üben zu können, hier in Bands zu proben und Schülerinnen zu unterrichten. Sie wohnen im direkten Umfeld, sind eng verwurzelt mit dem fmz und dem Stadtteil.

Der stetige Zuwachs an neuen



Musikerinnen zeigt, dass ein Projekt wie das Zentrum nach wie vor wichtig und der Bedarf an Frauenförderung im Bereich Musikbusiness aktuell notwendig ist. Von einer Selbstverständlichkeit von Musikerinnen ist das Musikbusiness weit entfernt.

Nun heißt es, alle Hebel in Bewegung zu setzen, um die Räume in Ottensen zu halten! Auch dem fmz wurde die Fläche zum Kauf angeboten: 875.000€ müssen die Frauen aufbringen. Da als gemeinnütziger Verein jeder Euro in die Förderung der Musikerinnen gegangen ist, sind entsprechende Rücklagen nicht vorhanden. Mit großer Anstrengung wird nun nach Investor_innen ge-

sucht, die die Fläche des fmz als Kapitalanlage kaufen und mit dem Verbleib des fmz in diesen Räumlichkeiten sich gleichzeitig für den Erhalt der kreativen Szene einsetzen wollen.

Sollte dies nicht gelingen, wird das fmz eine neue Bleibe suchen müssen. Eine schwierige Aufgabe, wenn man die derzeitige Wohn- und Preisentwicklung in Ottensen und Umgebung betrachtet.

Weitere Informationen unter:
frauenmusikzentrum.de

Ideen zu Räumlichkeiten und Investor_innen bitte an:
info@frauenmusikzentrum.de

Maria Pallasch

Trojanische Geschenke

Gift Boxes, Business Flats und Tourist Homes

Lange Schlangen bei der Besichtigung. Endlose, vergebliche Versuche. Wenn es dann doch gelingt eine neue Wohnung zu finden, ist diese meist so teuer, dass sich die meisten Durchschnittsverdienter die Miete nicht mehr leisten können. Dies sind die Folgen eines Jahrzehnts voller Versäumnisse in der Wohnungspolitik.

Die Halbierung der Zahl der Sozialwohnungen, von der Mitte der neunziger Jahre bis heute, treibt, zusätzlich zum Mangel an Wohnraum, die Durchschnittsmieten über den Mietenspiegel in unbezahlbare Höhen. Für Menschen mit mittleren und geringen Einkommen sind die hohen Beträge kaum noch zu erwirtschaften. Ein Arbeitsplatzverlust bedeutet nicht selten auch den Verlust der Wohnung, der sozialen Bindungen und einen Umzug in innenstadtfremde Randgebiete. Zu den mittleren und unteren Einkommenschichten gehören inzwischen bis zu 60% der Menschen und ihre Zahl steigt.

In dieser Situation ist es unverantwortlich, dass regulärer Wohnraum als gewerblich betriebene Ferien- oder Geschäftswohnung zweckentfremdet wird.

Der Mieterverein „Mieter helfen Mietern“ (MhM) hat darauf am Ende des vergangenen Jahres mit einer Kampagne aufmerksam gemacht. In Hamburg werden nach Schätzungen des Vereins etwa 1500 Wohnungen dauerhaft an Feriengäste und Geschäftsleute vermietet. Offensichtlich ist dieses Geschäft lukrativ. Mit einer 40 qm Wohnung in Eppendorf ließe sich ein Umsatz, entsprechend der aufgelisteten Angebote bei dem Unternehmen Airbnb, von etwa 2000 Euro und mehr im Monat erwarten. Der Mietpreis für eine Wohnung in dieser Größe liegt in Eppendorf bei ca. 600 bis 750 Euro, inklusive Betriebskosten, warm.

Das 2008 in San Francisco gegründete Unternehmen Airbnb, von der Investmentbank Goldman Sachs 2011 zu einem der „Billion-Dollar-Startups“ gekürt, ist das erste, das groß in das internationale Geschäft der Vermietung privater Wohnräume als Ferienwohnungen eingestiegen ist. Geld verdient wird an den Provisionen, die bei Vermietungen anfallen. Auf die Idee aufgesprungen sind auch andere Internetportale wie 9flats, Wimdu und Airizu.

Die Axel Springer AG hat im Februar 2012 eine finanzielle Beteiligung an der kalifornischen Airbnb bekannt gegeben und wurde damit zum „strategischen Vermarktungspartner“ in Deutschland.

Um näher an einer der Zielgruppen zu sein hat sich das Unternehmen eine „frische“ und „freche“ Werbeidee einfallen lassen, die besonders auf junge Leute abzielt.

In vielen Städten wurden in Kooperation mit Airbnb sogenannte „Give-Boxes“ aufgestellt – Kleine, aus Spanplatten zusammengezimmerter Häuschen – in denen Menschen Dinge ablegen können, die sie nicht mehr brauchen. Andere können sich diese Dinge dann mitnehmen.

Die Boxen sind vielleicht keine schlechte Idee. Eine schlechte Idee ist sicher, dass sie als Werbeträger einer Firma dienen sollen, deren Geschäftsprinzip den aktiven Missbrauch von ohnehin knappem Wohnraum fördert. Bei der aktuell in Hamburg vorherrschenden Wohnungsnot ist es nicht unwahrscheinlich, dass zunehmend auch die ohnehin schon viel zu hohen Preise bei regulären Neuvermietungen an

die hohen Umsatzerwartungen angepasst werden.

Airbnb appelliert nicht nur an Eigentümer_innen, sondern auch ungeniert an Menschen, deren Einkommen nicht mehr ausreicht. „Ein bisschen Luxus genießen“, „Die Renovierung bezahlen“, „Die Versicherung gegen die Krise“ oder „Freizeit statt Jobstress“ lauten die Verlockungen mit denen Airbnb die Menschen ködern möchte.

Vielleicht ist es eine Alternative in die Außenbezirke zu ziehen und mit der, nach der letzten Mieterhöhung, zu teuren Wohnung ein paar Euro zu verdienen?

Die im öffentlichen Raum aufgestellten Boxen können wir nutzen oder es lassen. Die Propaganda für diese „Geschäftsidee“ muss man nicht akzeptieren.

Zweckentfremdung von Wohnraum z.B. als gewerblich betriebene Ferienwohnung ist auch gesetzlich nicht dauerhaft zulässig. Redet mit euren Nachbar_innen darüber, wenn ihr denkt bei euch werden Wohnungen professionell als Ferienwohnung missbraucht. Ihr könnt die Daten weitergeben. MhM hat eigens ein Webformular dafür eingerichtet.

Sabine Koop

anna elbe lebt

Bisher setzte sich die Initiative anna elbe für den Erhalt der ehemaligen Seefahrtsschule in öffentlicher Hand ein.

Den Verkauf konnte sie nicht verhindern. Das Gebäude jedoch wurde nicht, wie einst geplant, abgerissen. Es wurde stattdessen 2011 unter Denkmalschutz gestellt. Zumindest das wurde von uns erreicht.

Als Gegenfinanzierung durften die Investoren sich jedoch ein gutes Stück der angrenzenden - öffentlichen - Parkfläche einverleiben, um sie mit Luxus-Eigentumswohnungen zu verstellen. Öffentlicher gemeinschaftlicher Raum wird in dieser Stadt

zunehmend zum knappen Gut. Entsteht jetzt die Perlenkette in der zweiten Reihe?

„Weitblick für Hamburg“ – das

Motto von anna elbe veranlasst uns, nach dem Semi-Erfolg in Sachen Seefahrtsschule, unser Augenmerk auf Altonas Süden mit seinem Elbufer zu erweitern.

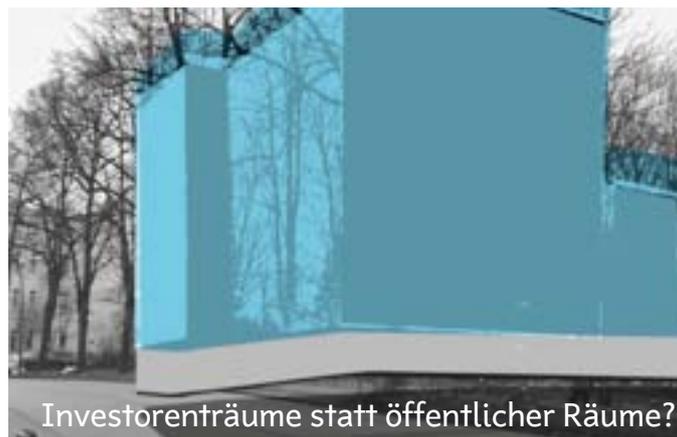
Wer ahnt denn schon Böses, wenn städtebauliche Entwick-

lungsgesellschaften in ihren Visionen von der „Chance, Quartiere zu entwickeln“ sprechen? Bei der Initiative anna elbe klingeln aus Erfahrung die Alarmglocken. „Qui bono?“ (Wem zum Vorteil?) hört man da den alten Cicero fragen.

Die Initiative macht sich nun zur Aufgabe, einzelne Bau-Projekte seit der 80er Jahren in diesem Gebiet genauer zu betrachten. Unter der Recherchelupe wird ein Filzgeflecht aus Wirtschaftsunternehmen, Verwaltung und Politik erahnbar, das in nahezu allen Fraktionsfarben schillert.

Auf annaelbe.net ist hierzu schon einiges zu finden. Über Hinweise und weitere Informationen freuen wir uns sehr!

an@annaelbe.net



Investorenräume statt öffentlicher Räume?

Esso-Häuser

Bayerische Hausbau lässt Runden Tisch platzen

Im folgenden dokumentieren wir die Stellungnahme der Initiative Esso-Häuser vom 9. Februar 2012. Das Original haben wir aus Platzgründen leicht gekürzt.

Die Bayerische Hausbau (BHB) lässt den Runden Tisch „Esso-Häuser“ platzen und versucht mit Fehlinformationen der Initiative Esso-Häuser öffentlich die Schuld für das Scheitern der Gespräche zuzuweisen.

Richtig ist: die Initiative hat sich im Prozess des Runden Tisches keine Verzögerungstaktik vorzuwerfen, dass wird ihr auch von am Runden Tisch beteiligten Politikern bestätigt. Ebenso wird lanciert, die Initiative vertrete Einzelinteressen. Dies kann entschieden zurückgewiesen werden. Der Initiative liegen bereits 57 Unterschriften von Mieter_innen vor, die sich gegen den Abriss aussprechen. Die Mitglieder der Initiative werden sich weiter dafür einsetzen wofür sie angetreten sind: Erhalt der Bausubstanz, Instandsetzung, unbefristete Mietverträge für alle Mieter_innen und langfristige Mietverträge für die Gewerbetreibenden. An dem eigenen Konzept, das u.a. eine Zusatzbebauung Richtung Kastanienallee vorsieht, wird weiter gearbeitet. Das Konzept wird im Frühjahr vorgestellt. Die Initiative wird sich darüber hinaus intensiv für eine Fortführung des Dialogs mit Politik und Stadtteilbevölkerung einsetzen.

Bayerische Hausbau lässt runden Tisch platzen...

Bei einer Pressekonferenz am 09.02. hat die BHB ihren Austritt aus dem von der Initiative Esso Häuser initiierten Prozess des Runden Tisches öffentlich erklärt, ohne die Initiative im Vorfeld zu informieren. Der Initiative wurde vorgehalten die Verhandlungen taktisch zu verzögern, Absprachen nicht einzuhalten, an Maximalforderungen festzuhalten und Einzelinteressen zu vertreten.

Verzögerungstaktik?

Die Initiative hat ihre Anmerkungen und Änderungsvorschläge, zu dem von Andy Grote formulierten Entwurf eines Gutachterauftrags, fristgerecht noch vor Weihnachten abgegeben. Dabei

wurde angemerkt, dass es sich (...) als schwierig erweist, aus den zur Verfügung gestellten Listen ein einzelnes Gutachter-Büro zu finden, welches kompetent genug erscheint, ein solch „umfassendes multithematisches Gutachten“ zu erstellen. Im Weiteren werde man sich in der zweiten Januarwoche mit Vorschlägen zum folgenden Umgang melden.

(...) Es macht keinen Sinn einen Gutachter zu bestimmen, solange der Auftrag nicht klar definiert ist. Bis Ende Januar gab es von der BHB keine Reaktionen. Auf Nachfrage der Initiative verschickte Andy Grote am 31.01. eine überarbeitete Version des Auftragstextes.

Während die Initiative diese Version gerade diskutierte, erreichte sie die Nachricht des einseitigen Abbruchs der Gespräche.

Initiative vertritt Einzelinteressen?

In ihren Presseauftritten versucht die BHB das intensive Engagement der Initiative darüber zu delegitimieren, dass sie öffentlich kundtut die Initiative vertrete (lediglich) die Interessen einer Minderheit in den Häusern.

Richtig ist, dass der Initiative Unterschriften von 57 Bewohner_innen der Esso Häuser vorliegen, die sich „für den Erhalt und die sofortige Instandsetzung der Gebäude“, „gegen den Abriss der Esso-Häuser“ und für die Arbeit der Initiative aussprechen. (...)

Das Abrisszenario, dass die BHB in den Raum geworfen hat, hat die Verunsicherung in den Häusern geschürt und wird dazu führen, weitere Mitstreiter_innen für die Initiative zu gewinnen.

Alleingang ohne Rücken-deckung aus dem Stadtteil?

Dieser Konflikt betrifft nicht nur die Menschen in den Häusern – auch Nachbar_innen, Gewerbetreibende und Bewohner_innen ganz St. Paulis haben ihr Augenmerk auf die Esso-Häuser gelegt.

Selbst in der Presse wurden die Esso-Häuser bereits als „Schlüsselgrundstück“ bezeichnet.

Symbolisch steht der Umgang mit den Häusern für die Zukunft (...) der Stadtentwicklungspolitik im Stadtteil und darüber hinaus. In einem 12-Punkte-Plan, der auf einer Stadtteilversammlung mit 300 Anwohner_innen verabschiedet wurde, heißt es: Es braucht „(eine) grundlegende Kehrtwende in der Stadtentwicklungspolitik und neue Partizipationsstrukturen, die eine wirkliche Teilhabe und Mitbestimmung der Stadtteilbevölkerung ermöglichen“.



Die Menschen auf St. Pauli schließen sich vermehrt zusammen und wehren sich immer vehementer gegen die vorherrschende Investorenpolitik.

Ein Abriss bedeutet nicht nur privaten Verlust sondern einen massiven Eingriff in die Sozial- und Gewerbestruktur. Die Soziale Erhaltungsverordnung für St. Pauli steht kurz vor der Verabschiedung durch die Bezirksversammlung. Die Verordnung ist dafür da vorhandene Sozialstrukturen zu schützen. Es ist mehr als bedenklich, wenn nach Erlass einer solchen Verordnung als erste Maßnahme im Stadtteil der Abriss von über 100 Wohneinheiten beschlossen wird.

Maximalforderungen?

Die Initiative fordert, das berechnete Interesse der Bewohner_innen zu wahren und ernsthaft zu prüfen, wie der Erhalt der Häuser realisiert werden kann.

Die BHB ist immer wieder mit den Maximalforderungen Abriss und Neubau in die Verhandlungen gegangen und hat (vermeintliche) Sachzwänge konstruiert und öffentlich lanciert. Von einer gewissenhaften Prüfung der Möglichkeiten kann nicht gesprochen werden. (...)

Die Interessen der Mieter_innen haben für die BHB nur insofern Relevanz, dass deren Einverständnis zum Auszug benötigt wird. Ein Großteil der Bewohner_innen hat unbefristete Mietverträge und macht damit einen Planungsprozess unkalkulierbar.

Rückkehrrecht für alle?

Die Initiative bleibt skeptisch gegenüber dem Versprechen der Investoren, dass alle Mieter_innen zu gleichen Konditionen zurückkehren könnten. Das Einzige was jemals dazu öffentlich wurde, war ein von einer Anwaltskanzlei formulierter Entwurf für einen Mietaufhebungsvertrag. Dieser Entwurf wurde von Mietrechtsanwälten als klare Schlechterstellung der Mieter_innen bewertet und war alles andere als ein juristisch wasserdichtes Rückkehrrecht zu gleichen Konditionen.

Darüber hinaus wurden, bezüglich Umsatzwohnungen bei Abriss, in der Vergangenheit bereits Zusagen gemacht, dass diese im Stadtteil gefunden w(ü)rd(en).

Davon ist inzwischen keine Rede mehr. Raus aus dem sozialen Umfeld, aus St. Pauli, bedeutet für viele Mieter_innen Zerstörung der gewachsenen sozialen Netzwerke auf die sie angewiesen sind.

Abriss: gemeinsamer Beschluss von Bezirk, Politik und Bayerischer Hausbau?

In der Pressemitteilung vom 07.02. heißt es, dass die Bayerische Hausbau „gemeinsam mit dem Bezirk Hamburg-Mitte [...] nun zügig in einen Architekturwettbewerb einsteigen [möchte], der nach Abbruch der maroden Bausubstanz eine Neubebauung des Areals zum Ziel hat“.

(...) Vertreter_innen der Politik haben der Initiative bestätigt, dass es keine Absprache zum Abbruch der Gespräche gab, ebenso wenig den Beschluss zu der Ausschreibung eines gemeinsamen Wettbewerbs. Hier wurden öffentlich falsche Tatsachen stadtwweit verbreitet. (...)

Wir planen weiter

Die Initiative hält daran fest: keine Entscheidungen ohne eine wahrhaftige Einbeziehung der Mieter_innen und des Stadtteils. Sie wird die Gespräche mit Politik und der Stadtteilbevölkerung suchen und organisieren, um Wege zu finden, die einvernehmlich für alle Beteiligten sind. (...)

In den kommenden Wochen und Monaten wird weiter geplant, informiert, das Gespräch gesucht, vernetzt und öffentlich gemacht. Die gemeinsame Wunschproduktion wird weiter bearbeitet, eine Veranstaltung zur Vorstellung des eigenen Konzeptes ist in Planung. Es werden weitere folgen. Unterstützung durch Expert_innen aus den Bereichen Architektur, Stadtplanung und Partizipation ist gesichert. Thema werden die Esso-Häuser und ihre Zukunft wohl auch auf der nächsten, von Anwohner_innen geplanten, Stadtteilversammlung sein.

Aktionstage, Präsenz im Architektursummer... die Initiative macht weiter!

Initiative Esso-Häuser
initiative-esso-haeuser.de

In die Gänge

Sanierungsgebiet Gängeviertel

Seit Entstehen der Initiative „Komm in die Gänge“, ist im Gängeviertel nach nun 3 Jahren viel passiert. Nach der Unterzeichnung des Kooperationsvertrages mit der BSU, Kulturbehörde und Bezirk Mitte, ist das Gängeviertel zum Sanierungsgebiet erklärt worden. Eigentlich sollte es zu Beginn des neuen Jahres 2012 losgehen.

Unser Verein, die Genossenschaft und alle, die auf dem Platz tätig sind, haben eine Baukommission gebildet die unsere Interessen am Planungstisch vertritt. Die ersten Runden sind gelaufen, nun geht es um die Festlegung des ersten Bauabschnitts. Keine leichte Entscheidung, da es viele Punkte zu berücksichtigen gilt: der Zustand der jeweiligen Gebäude, der Erhalt öffentlicher Flächen, der Erhalt der Gemeinschaft der Aktiven, Sinnhaftigkeit des weiteren Vorgehens und die Höhe der Kosten. Langfristige und wohl durchdachte Planungen sind für uns entscheidend. Das Plenum tagt regelmässig und jeder Punkt wird gründlich abgewogen.

Wir sitzen nicht allein am Tisch, die Stadtregierung hat die STEG beauftragt als Treuhänder und Sanierungsträger mit uns zusammen zu arbeiten.

Zusammen mit allen Beteiligten planen wir verschiedene Symposien zum Thema Sanierung. Dort sollen Themen wie beispielsweise das Energiekonzept oder der Umgang mit Fenstern, Türen, Oberflächen und andere baulich relevante Aspekte behandelt werden. Ziel dabei ist es Verständnis für diese Fragen herzustellen

und im Viertel eine gemeinsame Vorstellungen für die Umsetzung zu entwickeln. Die Symposien sollen, so der aktuelle Planungsstand, öffentlich sein und richten sich auch an Menschen die ein generelles Interesse an spezifischen Fragen im Umgang mit denkmalgeschützten, kaputten Häusern haben, die Ihren Charme und Ihr Wesen nicht verlieren sollen.

Der Januar wurde für einen Workshop-Monat genutzt. Die öffentlichen Flächen waren offiziell geschlossen, doch war die Stimmung so gut, dass eigentlich jeder Gast herzlich gern gesehen war und wir mit unserer entstandenen Energie die Menschen in den Bann des neuen Zeitabschnitts gezogen haben. Heikle Themen, die heterogene Gruppen gern umgehen und vor sich her schieben, sind intensiv bearbeitet, das Konzept ist überdacht und verfeinert worden. Die interne Struktur, die sich informell gebildet hat ist unter die Lupe genommen worden.

Weitere ungezählte Termine dienten der Fortbildung und dem noch besseren Kennenlernen, insgesamt war der Jahresbeginn eine Art Zauber und einfach wunderbar.

Jetzt geht es weiter, die Workshops werden fortgesetzt und wir haben wieder für alle geöffnet. Ein vielseitiges Programm lädt ein zu Ausstellungen, Performances, Lesungen, Musik und Tanz. Oft geschehen die Dinge ganz spontan oder so kurzfristig, dass keine Zeit für Ankündigungen bleibt, also kommt einfach vorbei.

Natürlich haben wir den Blick nach Aussen nicht verloren. Was in der Stadt passiert, macht uns nur um so aktiver. Esso Häuser, Zomia, die ‚neue Mitte‘ und Finanzamt Altona, die IBA/IGS, Wilhelmsburg, Harburg und alle weiteren Baustellen werden beobachtet. Wir werden uns bei jeder möglichen Gelegenheit mit unseren Mitteln äussern und einmischen.

Der Bezirk Mitte ist vorerst ‚herren‘los. Das kann ein gutes Zeichen sein, nun gilt es mit Nachdruck in den Stadtteilen aktiv zu sein und endlich der Politik eine Grenze aufzuzeigen.

Wir sind gekommen um zu bleiben. Regierungen kommen und gehen ...

Wir stehen gemeinsam gegen eine Stadt, die auf den Fundamenten von Investorenträumen, Konsumzwang, Ausgrenzung, Verdrängung und Segregation vorantreibt – und für eine Stadt die von unten, von ihren Bewohnern und für sie selbst gestaltet wird.

Schafft mehr als ein Viertel – nimmt euch die Stadt!

C. Ebeling

Lesetage selber machen

Vom 18. bis 27. April 2012 findet das Vattenfall-kritische Lesefestival „Lesetage selber machen – Vattenfall Tschüss sagen“ statt. Die Macher_innen haben eine klare Vision für eine zukünftige Energiepolitik. Energieerzeugung soll nach ihrer Vorstellung dezentral und konzernunabhängig organisiert sein und auf die Verstromung von Uran und Kohle verzichten.

Astrid Matthiae (freie Journalistin/Moorburgtrasse Stoppen!) und Hartmut Ring (Lehrer und aktiv in der GEW) gehören zu den Gründer_innen und haben unsere Fragen beantwortet.

Wie versteht ihr die Lesetage im kulturellen Kontext in dieser Stadt?

Wir sehen unsere Lesetage als Teil einer politisch anderen, alternativen Kultur. Gegen den Einfluss von Großfirmen die mit Kulturförderung nur Imagepflege betreiben. Wir arbeiten basisorientiert und unterscheiden uns in den Orten, und natürlich in den Inhalten und der Außendarstellung.

Wer trägt die Kosten die entstehen, akzeptiert ihr Sponsoren?

Solange ein Sponsor sich nicht in die Organisation, oder in Inhalte einmisch und sich nicht übermäßig selbst darstellen will, ist das für uns denkbar. Unsere Kosten werden über Spenden, geringe Eintrittsgebühren – je nach Autor_in,

Ort etc., finanziert. Ein Teil davon nutzen wir als Deckung unserer Kosten. Wenn Autor_innen an eine Schule eingeladen werden fällt ein Pauschalpreis von 200 Euro an, den die Schule bezahlen muss. Die Organisator_innen selbst arbeiten alle ehrenamtlich und kommen aus Initiativen, sozialen Projekten, einem Verlag und der Hamburger GEW.

Wer entscheidet über Auftritte?

Das organisiert eine Orga-Gruppe, bzw. die beteiligten Orte selbst. Wir setzen als Vorgabe für Leseorte und Mitwirkende, dass Vattenfall dort als Stromanbieter oder Kooperations-Partner nicht akzeptiert wird.

Das inhaltliche Spektrum der Lesungen ist recht breit, aber wir legen auch Wert auf ungewöhnliche und neue Literatur und darauf, dass die Veranstaltungen nicht männlich dominiert werden. Wir wünschen uns aber auch unentdeckte und jüngste Talente.

Der Konzern betreibt neben Cycloclassics und Lesetagen, intensive Lobbyarbeit an Schulen. Was ist eure Kritik?

Wir halten Vattenfall für einen zutiefst umwelt- und menschenfeindlichen Konzern. Er zerschreddert aus Profitgründen Landschaften, baut CO2-Schleudern wie das Kraftwerk Moorburg, oder hält fest an schrottreifen AKWs, etc. Mit Kultur und Sportveranstaltungen soll das verschleiert werden. Aber diese Maske ist ja durchsichtig.

Wer für Vattenfall liest oder Veranstaltungsorte zur Verfügung stellt, muss sich im Klaren darüber sein, wer hier der Geldgeber ist. Ähnlich sehen wir das Engagement des Konzerns in der Jugendarbeit.

Was ist daran negativ, wenn sich ein Unternehmen wie Vattenfall im Sport engagiert? Fänden die Cycloclassics denn ohne Werbung statt?

Tja, es geht immer ums Geld. Beim Leistungssport ist ohnehin zu fragen, welchen Wert das eigentlich hat. Mit Kultur im demokratischen Sinn, mit gesund erhaltendem Sport hat das nichts zu tun. Da geht's doch nur um das Event. Ob so etwas mit öffentlichen Gel-

dern – oder denen der Stromkundinnen – finanziert werden sollte, könnte mal öffentlich und demokratisch diskutiert werden.

Die Event-Vermarktungsstrategie Hamburgs halten wir ohnehin für kritisierbar, solange gleichzeitig sozialen Projekten immer mehr finanzielle Unterstützung entzogen wird.

Das Geld von Vattenfall stammt aus Profiten, die aus der Ausbeu-

tung von Arbeitskraft – und Ressourcen – erzielt wurden. Ein Einfluss auf die Verwendung haben nur die Eigentümer_innen des Konzerns, das ist natürlich ein großes Problem. Fördergelder aus Steuern böten, zumindest theoretisch, den Einfluss einer demokratischen Öffentlichkeit auf die Kulturpolitik.

Was wollt ihr mit den Lesetagen, geht es nur darum Vattenfall aus

diesem Bereich zu verdrängen?

Wir wollen der Werbeveranstaltung für Vattenfall Alternativen entgegensetzen, einen ökologischen Anspruch und demokratischen Kulturbegriff in die Tat umzusetzen. Und, ganz klar, wir wollen Menschen daran erinnern, Vattenfall als Stromanbieter Tschüss zu sagen.

lesetage-selber-machen.de

Chaos als Chance

Kein Streichelzoo und Häkelgruppe

Eigentlich fangen Texte, die nichts zu sagen haben und allein sich selbst darstellen, immer mit „eigentlich“ an. Ein hundert Jahre alter Dramaturgentrick. Und wenn man ein „eigentlich“ dann mal wirklich braucht, glaubt es kein Leser, keine Leserin. Die Zeiten sind hart, die Auswahl der Begrifflichkeiten für unsere Daseinskrise sind beschränkt und deshalb nutze ich was da ist.

Eigentlich sollte an dieser Stelle ein Beitrag von mir über den Stand der Dinge beim und im Netzwerk „Recht auf Stadt“ stehen, ein Beitrag, der auch einen Debattenbeitrag zum Thema einführt, warum die Dinge so stehen und wie sie vielleicht morgen stehen könnten. Frech, streitbar und wörtlich aus der Feder eines Querkopfes.

Ohne Zweifel sind die jüngsten Versuche, neuartige Verbindungen im Streit um die Städte, um die Zentren und der Marsch auf die Zentralen von Wirtschaft und Politik, es wert abgeklopft zu werden auf stabile rückgratbildende Strukturmerkmale; diese bei begründetem Verdacht sofort und nachhaltig festzuhalten. „Recht auf Stadt“-Hamburg ist da, unabhängig von allem Soziologengedöns, im Wettbewerb der Metropolen um die revolutionärste Vorhut, ziemlich in der Führungsgruppe.

Drei wichtige exemplarische Merkmale der strukturellen Aufmerksamkeit dürfen im dritten Jahr des Existenzzyklus als gelernt und durchgesetzt gelten.

Die Streitkultur

Zwar wird man von einzelnen Fans und bestimmten Fanbeauf-

tragten immer noch zurechtgerüffelt, wenn man eigenwichtigen Genossinnen oder Genossen mal zwischenzeitlich mitteilt, dass die Kommunikationsstrukturen des Netzwerkes nicht dazu da sind, die eigenen Marktwerte zu verbessern, selbst dann nicht, wenn man als Autor, als Artist oder als Agenturist vom Markt lebt.

Und dennoch, oder gerade weil das so ist, ist im Ergebnis festzustellen, dass die gemeinsame Plattform „Streit ohne Streit“ stabil trägt. Es geht hier eben nicht darum beim Gegenüber das Weiße in den Augen zu sehen und dann solange draufzuhauen, bis es nicht mehr weiß ist, sondern das Schlaue im vermeintlich Unschlaue zu entdecken und der Gesamtdebatte zuzuführen. So entstehen aus Widersprüchen in der Regel neue Qualitäten. Das ist erkenntnistheoretisch nicht wirklich neu, aber bewegungspraktisch in seiner Konsequenz als dauerhafte Praxis schon. Schon schön und schön sinnvoll.

Das macht aus „Recht auf Stadt“ noch lange kein Streichelzoo mit Häkelgruppen (obwohl es genau so eine gab, die richtig fette Aktionen gebastelt haben) und auch kein Debattierbude ohne Zeitbegrenzung, sondern einen Versuch

miteinander durcheinander zu sein, einig uneinig und dabei vorwärts zu kommen und vorwärts zu gehen. Verdichtete Unschiedlichkeit in Reinkultur, da würde sich der Lefevre aber freuen.

Die Sprechkultur

Versammelt oder organisiert man/frau die Quintessenz aus rund 50 Jahren politischer Erfahrungen, im Extrem – sowohl vertikal vertreten durch alte Säcke und Säckinnen, wie auch horizontal aufgestellt, von der Apfelbaumschreiberin bis zur Plakate und Wurfsendungen verarbeitenden Autonomen, beide auch als männliche Kämpfer erhältlich, dann erhält man erfahrungsgemäß entweder eine sich selbst kannibalisierende Version von revolutionärem Vakuum, oder wie bei „Recht auf Stadt“ einen Kennenlernkreis, mit dem Schwerpunkt auf Lernen. Der leistet sich den Versuch ohne bestimmte oder bestimmende Lautsprecher und Vortänzer auszukommen und beweist je weiter das Netzwerk netzt, das es genau dadurch hält.

Das nervt oft und manche Initiative, die abends eigentlich gekommen ist, um den eigenen Hinterhof am nächsten Morgen zu retten, hat für diese Form der

Entschleunigung kaum Verständnis. Die Devise „Sprechen ohne Sprecher“ zeigt aber seine Kraft, wenn es Medien und Medienmachern nicht gelingt, „Recht auf Stadt“ auf vermarktbarer Gesichter und Geschichten zu reduzieren. Das Netzwerk ist als Netzwerk zwar nicht unbeschreibbar, aber es ist unbeschreiblich. Und es ist als Netzwerk zwar nicht unangreifbar aber ungreifbar. Genau diese Qualität ist für viele der dem Netzwerk innewohnenden Initiativen eine Tarnkappe und ein Art Spidermankostüm. Der Unterschied singt so in 1000 Zungen, aber oftmals die gleiche Melodie.

Die Solidarkultur

Zu Netzwerken in physikalischer und organisatorischer Hinsicht ist, spätestens seit ihrem jüngsten Schritt als digitale Möglichkeit, viel gearbeitet und geforscht worden. Die besondere Qualität, die sich das ‚stadtverstehende und lebensverändernde‘ Verbindungsmodul „Recht auf Stadt“ herausgearbeitet hat, ist die besondere 3D-Verknüpfung in der Kommunikationswirklichkeit: Digital, Direkt, Demonstrativ.

„Recht auf Stadt“ hat weder die Versammlung, noch die digitale Verbreitung und schon gar nicht das Recht auf vorbildliche Aktion erfunden. Das brauchte sie auch nicht. Was aber „Recht auf Stadt“ für sich eintüten kann, ist der erfolgreiche Versuch – auch wenn es da und hier noch klemmt – diese drei Indikatoren für Beweglichkeit untereinander zu verknüpfen, ohne sich von einem abhängig zu machen.

Deshalb müssen auch neue verführerisch wirkende Kanäle, wie facebook, twitter oder tumblr nicht als Leuchttürme gefeiert und angebetet werden, sondern liefern ihre Fähigkeiten beim Netzwerken ab oder eben auch nicht. Bestimmer_innen bleiben die im Netzwerk Agierenden und ihre Vorstellungen. Auf Debatte-Listen, auf Blogs, auf Netzwerktreffen und in Aktionen.

Voraussetzung dafür ist neben den strukturellen Daten aus der 3D-Logik, der ebenso we-

sentliche inhaltliche Ansatz aus den beiden Punkten zuvor.

Das macht aus drei Drittel ein Ganzes und lässt die Drittel aber ganz.

So oder so ähnlich sollte mein Beitrag beginnen und dann kam alles anders. Dazu muss man wissen, dass ich ein Konto bei der Deutschen Bank habe, ein Relikt aus alter Zeit, der Rest ist Gewohnheit und Bequemlichkeit. Bis zu dem Tag als mir auffiel, dass in der Filiale Schulterblatt der Deutschen Bank um 21 Uhr zwei mit jeweils drei Jacken angetüddelte Parkträger, zwei Obdachlose die sich zum Aufwärmen in dem Automatenkassenraum aufhielten, in eine Hamburger Nacht bei 18 Minusgrade hinausgeschickt wurden. Auch die Intervention von einer Kundin und mir half nichts. Der Auftraggeber würde die agierende private Sicherheitsfirma zu diesem Verhalten zwingen.

Während also die Ackermanns mit den Erben den Kirchs über 800 Millionen Peanuts verhandeln. Während ihr Vorstand als Verhandlungsführer der privaten Bankindustrie in Griechenland die Menschen ausnimmt, um sie dann mit EU-breiter Unterstützung mit moralinsauren Sprüchen ins Elend zu treiben. Während die selbe Bank an Derivaten als Geschäftsmodell festhält, die auf das Ableben von Menschen pokert, sollen Menschen, die an diesem Scheinesystem gescheitert sind, in der scheißkalten Nacht ihr persönliches Glück suchen. Bei den Temperaturen das Glück am nächsten Tag noch am Leben zu sein.

Ich habe mich sofort beschwert, ich habe mich in den Weg gestellt und ich habe verlangt, dass das dort wo ich lebe nicht dem Anspruch an Leben entspricht den ich habe. Spontan wusste ich nicht mehr, was ich hätte tun sollen.

Die Reaktion der Deutschen Bank ist ein Verweis auf ihren Claim: Leistung aus Leidenschaft und der Hinweis, dass das Gros der Kundschaft, Verständnis habe

für werterhaltende Maßnahmen, wie die saubere und unbelästigte Bereitstellung von Automatenbankräumen.

Kann so ein Laden noch meine Bank sein? Kann das ausreichen, um weiter die Augen zuzudrücken und es für eine Alternative zwischen Pest und Cholera zu halten, wenn man/frau den Marktführer der Scheinesystem-Banken verlässt und zu einer anderen geht? Wird dann irgendeinem armen und frierenden Menschen die Tür aufgehalten? Werden die Zeiten sich ändern, wenn ich Tschüss sage? Wohl kaum?

Als ich drei Tage später wieder an der Filiale vorbei kam, standen die gleichen Wachmänner in der selben Filiale und wieder saßen eine Handvoll Menschen visavis der Automaten auf der Heizung. Das Bier, das sie tranken, war nicht ihr erstes und sie saßen dort auch nicht schüchtern und stumm. Mussten sie darum gehen? Nein, sie durften sitzen bleiben? Und warum? Ein Sinneswandel? Hatte der Protest gewirkt? Nöö, kein Stück. Es waren schlicht Touristen, denen kalt war und die an anderen Tagen vielleicht hier ein Konto eröffnen würden.

Nur, um noch mal nachzulegen, natürlich sollen sich auch Hinz und Kunz in der Filiale der eiskältesten Bank der Welt aufwärmen, ich wollte keine Ungerechtigkeit zwischen Menschen die gehen müssen und Menschen die bleiben dürfen aufzeigen. Ich wollte die generelle Sichtweise auf Menschen oder besser auf deren Wirtschaftlichkeit herausstellen. Deshalb wird aus dem Kuschelclaim „Leistung aus Leidenschaft“ das wahre Gesicht „Leistung, die Leiden schafft“

Ich bin davon überzeugt, dass – wenn es gelingen sollte fünf bis zehn Menschen Organisationen, Firmen, Vereine zu finden, die mit mir im März ihre Kundenkarte der Deutschen Bank in aller Öffentlichkeit zurückgeben und das entsprechend medial verbreiten und sich zugleich vernetzen, ist das nicht mehr als ein verdammter Pickel auf den glat-

ten Bankerhaut. Aber es kann auch mehr werden und es sollte mehr werden.

Dabei gibt es bei den Menschen, die diese Aktion gut finden und auch bei mir nicht eine Sekunde die Illusion, dass könne systemische Auswirkungen haben. Dafür müssen wir uns und viele, denen das so nicht reicht, noch eine Menge einfallen lassen.

Aber es wäre ein Anfang und dem wohnt ja angeblich immer ein Zauber inne, sagt Herrmann Hesse.

Sagt Bescheid, ob Ihr schon so weit seid. *G. Moeller*
ideenscout@web.de

verstärker ...

... wird von Aktiven aus den Initiativen im Netzwerk Recht auf Stadt geschrieben und produziert. Die Redaktion ist eine offene AG im Netzwerk Recht auf Stadt.

Alle Artikel geben (nicht immer) nur die Meinung der Autor_innen wieder.

Die Zeitung wird kostenlos verteilt und erscheint ca. 3-monatlich. Wir sind darauf angewiesen, dass Viele beim Verteilen der Zeitung helfen.

Kontakt

verstaerker@rechtaufstadt.net
Centro Sociale c/o
Redaktions-AG Verstärker
Sternstraße 2
20357 Hamburg

Aktuelles

rechtaufstadt.net

V.i.S.d.P

Victoria Volkmann, Auf der Höhe 11, 21109 Hamburg

Hier gibt es die Verstärker

Centro Sociale, Sternstraße 2
Buchladen im Schanzenviertel
Schulterblatt 55

Kölibri, Hein-Köllisch-Platz 1
Mieter helfen Mietern e.V.
Bartelsstraße 30

Infoladen Wilhelmsburg
Fährstraße

Das ist der Gipfel

Bezirk Altona verhökert den „Goetheplatz“

Altona for sale! Nicht nur der Ikea-Klotz schluckt öffentliche Flächen in der Großen Bergstraße, nun serviert das Bezirksamt den Altonaer_innen weitere hochgeschossige Neubauphantasien, die den heutigen Goetheplatz zu einer einfachen Kreuzung zusammenschumpfen lassen werden.

Aber es regt sich Widerstand – und so ging es Ende Januar hoch her bei der, von Bezirksverwaltung und Steg anberaumten, „Informations- und Diskussionsveranstaltung“ zur Neugestaltung des Goetheplatzes. Zahlreich erschiene Anwohner_innen reagierten auf die Präsentation der Bezirkspläne mit reichlich Protest und guten Argumenten. Offen sichtlich haben viele Leute genug von derartigen Bauvorhaben.

Ein Beispiel

Nach Auffassung des Planungsausschuss-„Chefs“ Mark Classen (SPD) stellen die „Erneuerungspläne“ eine weitere Verbesserung der Lebensqualität dar. Diese sei rund um die Große Bergstraße heute bereits spürbar. „Man“ konnte ja, Classen zufolge, dort vor fünf Jahren noch nicht einmal mehr eine ‚Scheibe Wurst‘ kaufen.

vatisierungen für die Anwohner_innen bringen. Öffentlicher Platz oder privater Gewinn?

Wer profitiert von den Plänen?

Die Eigentümerin und Bauherin ‚Bruhn Immobilien GmbH‘ verspricht sich durch den Erwerb der städtischen Fläche sicher keine Verluste.

Ein Beispiel aus einem aktuellen Inserat: Hier steht ein direkt

die Pläne zur Neugestaltung des Goetheplatzes. Einer Verbesserung der Gestaltung des öffentlichen Platzes mit und für die Anwohner_innen stimmen wir sehr wohl zu. Wohl aber sind wir gegen den Ausverkauf von öffentlichem Raum, unseres Platzes, auf dem nicht zuletzt der Wochenmarkt stattfindet.

Resumée

In der Großen Bergstraße, so ist zu befürchten, soll uns demonstriert werden, dass ökonomische vor öffentlichen Interessen und vor allem vor den Bedürfnissen ökonomisch Schwächerer ständen. Zu befürchten ist, dass nicht nur öffentlicher Raum unter kurzzeitig gewinnmaximierenden Gesichtspunkten verschertelt wird, sondern dass auch die hier lebenden Menschen der gleichen perfiden Logik unterzogen werden sollen. Wer nicht ‚ausreichend‘ zur positiven Entwicklung des Konsumklimaindexes beiträgt, hat im Aufwertungsgebiet nichts mehr zu suchen.

Was ist zu tun?

Viele Anwohner_innen wissen nicht, was auf sie zukommen wird, oder sie haben resigniert. „Die machen doch sowieso, was sie wollen!“ bekommen wir zu hören, wenn wir mit Flyern auf dem Wochenmarkt stehen.

Je mehr Menschen so denken, desto wahrer wird diese Aussage.

Deshalb rufen wir dazu auf: Klärt Eure Nachbar_innen auf! Lasst Euch nicht entmutigen! Kommt zu den Veranstaltungen, macht Rabbatz – und zeigt wo ihr steht!

Eine Aufforderung an Oberbaudirektor, die Bergspitze nicht zu genehmigen findet ihr unter: annaelbe.net/unterschrift.php

anliegendes 725 Quadratmeter großes Haus für 2,15 Millionen Euro zum Verkauf. Da der Mieterwechsel der Wohnungen bislang in etwa jährlichen Rhythmus erfolge, so heißt es in der Anzeige, könne die aktuelle Miete jederzeit optional erhöht werden.

Der Altonaer Baudezernent R. Gütter räumt ein, dass die Ansiedlung Ikeas unbestritten eine Aufwertung der Geschäfte nach sich ziehen würde. Dass Ikea aber auch zu einer Erhöhung der Wohnmieten führe, bezeichnete er hingegen als nicht nachvollziehbar.

In der Tat müssen bereits jetzt viele Geschäfte aufgeben, da sie die gestiegene Ladenmieten nicht mehr erwirtschaften können – sogar solche, die sich noch vor zwei Jahren vehement für die Ansiedlung des Möbelhausklotzes ausgesprochen hatten.

Wir von anna elbe kritisieren



Worum geht es?

Der umstrittene Neubau mit dem ‚Kosenamen‘ ‚Bergspitze‘ soll, wenn SPD, CDU, GAL und FDP nicht einlenken, vom ‚Goetheplatz‘ 15 bis 17 Meter, und von der Neuen Großen Bergstraße 6 bis 8 Meter des öffentlichen Platzes privatisieren. Das Gebäude soll mit 6 Stockwerken, plus einem Staffelgeschoss, die benachbarten und gegenüberliegenden Bauten noch um einige Meter überragen und damit einen der wenigen hellen Plätze in der Gegend zu einer verschatteten Häuserschlucht machen.

Demonstriert wird uns hier die Ideenlosigkeit der Bezirkspolitik die einmal mehr auf Markt-Rezepete zurückgreift – wohl wissend, dass ein beträchtlicher Teil der Anwohner_innen bereits jetzt vom Spiel dieser Kräfte abgehängt und ausgeschlossen ist.

Was will uns M. Classen mit diesem Bild sagen? Zunächst einmal lässt sich feststellen, dass die Aussage ‚man‘ konnte damals in der Großen Bergstraße keine Wurst kaufen, vor allem eines ist – falsch. Vor fünf Jahren gab es hier nicht nur einen Discounter, sondern neben einer Reihe türkischer Lebensmittelgeschäfte auch einen türkischen Schlachter. Ihre Existenz zu leugnen, nur weil sie nicht in das Entwicklungsszenario passt, sagt viel über die Verteilungspolitik in Altona Altstadt.

Andersrum gefragt: Was haben Anwohner_innen und Nutzer_innen des Platzes davon, wenn dieser öffentliche Platz einem massiven Neubau weichen muss?

In der Ottenser Hauptstraße, dort wo einmal das Bismarckbad stand, bekommt man einen Eindruck, welche Geschäfte sich dort ansiedeln werden und was Pri-

anna elbe

Bürgerentscheide total egal?

Wenn Tricks nicht helfen, übernimmt der Senat – Langenhorn 73

Beim Bürgerentscheid über Langenhorn 73 sprachen sich mehr als zwei Drittel für den Erhalt der Wulffschen Siedlung aus. Nun droht die Politik mit der Evokationskeule!

Gegen das Votum der Bürger_innen will die Politik den Bebauungsplan Langenhorn 73 durchsetzen. Das Argument: Sonst setze sich eine Minderheit durch.

Was ist geschehen?

Von den 220.000 Wahlberechtigten in Hamburg-Nord haben über 10.000 in einem Bürgerbegehren für den Erhalt der Wulffschen Siedlung in Langenhorn gestimmt. Damit war es erfolgreich. Die Bezirksversammlung hätte dem Begehren entsprechen und beitreten können. Dennoch lehnte die Bezirksversammlung, bis auf die Linke, alle Vorschläge der Initiative ab und beharrte auf dem Totalabriss der Siedlung.

In zwei Verhandlungsrunden weigerten sich die Parteienvertreter, einen Kompromissvorschlag der Initiative – er hätte den Neubau von 130 Wohnungen und den Erhalt der meisten Gebäude ermöglicht – auch nur zu prüfen.

Was ist absolute Mehrheit?

Daraufhin kam es zum Bürgerentscheid, der den Parteien eine herbe Niederlage einbrachte! Das Anliegen und die Entscheidungsfrage der Initiative erhielten jeweils über 2/3 der abgegebenen Stimmen. Das Bezirksamt manipulierte die Zahlen der Wahlbeteiligung von knapp 17% auf 13% herunter.

Knapp 5000 ungültige Stimmen lässt man bei der Feststellung der Wahlbeteiligung unberücksichtigt. Nun heißt es, dass eine „Minderheit darüber entscheidet, wie Mieter zu leben haben und wie Wohnungsbau aussehen soll“ (Senatorin Blankau in „Die Welt“, 31.1.2012).

Aus einer Zweidrittelmehrheit bei einem Bürgerentscheid macht die Senatorin eine „Minderheit“!

Man rechnete nicht – wie bei Wahlen üblich – im Rahmen der abgegebenen Stimmen, sondern bezieht sich auf die Zahl der Wahlberechtigten. Nach dieser Logik regiert die SPD in Hamburg, trotz ihrer absoluten Mehrheit in der Bürgerschaft, nur mit einer Zustimmung von etwa 26 Prozent aller Wahlberechtigten. Sieht sich die SPD also Vertreterin einer Minderheit, weil über 70% aller Wahlberechtigten nicht für deren Politik stimmen?

Wer berechtigt die Politik dazu, die Nichtwähler für sich zu vereinnahmen? Niemand wurde gehindert, am Bürgerentscheid teilzunehmen. Menschen haben auch das Recht, sich nicht zu beteiligen! Im Bezirksverwaltungsgesetz zum Bürgerentscheid heißt es: „Es entscheidet die Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen.“

Alle Politiker auf Bezirks- und

Stadtebene sollten überlegen, wie eine so große Zahl von ungültigen Stimmen in Zukunft vermieden werden kann. Knapp 5.000 Wahlberechtigte, die ihre Stimmzettel ans Bezirksamt schickten, sind an dem komplizierten Verfahren gescheitert. Hier besteht Handlungsbedarf, damit der Bestimmung des Bezirksverwaltungsgesetzes Gültigkeit verschafft wird: „Die Möglichkeit der brieflichen Abstimmung ist zu gewährleisten.“

Es ist ein Skandal, wenn das Ergebnis eines demokratischen Prozesses falsch dargestellt wird, weil das Ergebnis nicht passt. Die Bürger in Hamburg-Nord haben mit überwältigender Mehrheit für den Erhalt der 546 bezahlbaren Wohnungen in der Wulffschen Siedlung gestimmt. Sie haben es abgelehnt, dass sich Investoren durch einen neuen Bebauungsplan ihr Grundstück auf Kosten der Allgemeinheit vergolden können.

Demokratie abgeschafft

Jetzt geht es darum, ob dem klar geäußerten Willen Rechnung getragen wird.

Dies hat nicht nur Bedeutung für das Verfahren in Hamburg Nord, es ist eine Grundsatzfrage, die alle in Hamburg angeht. Und sie geht alle Initiativen an, die

auf dem Wege der direkten Bürgerbeteiligung Ziele verfolgen, die von den Bezirksversammlungen nicht oder nicht im Interesse der Menschen aufgegriffen werden.

Senatorin Blankau antwortet in einem Zeitungsinterview auf die Frage, ob der Senat im Falle des Bebauungsplanes Langenhorn 73 evokieren werde „In der Sitzung der Senatskommission am 1. März wird eine Entscheidung fallen; eine Vorlage ist in Vorbereitung“ (Die Welt, 31.1.2012). Der Senat will das Ergebnis des Bürgerentscheides nicht akzeptieren.

Forderungen nach Evokation eines erfolgreichen Bürgerentscheides oder Rufe nach der Einführung eines Beteiligungs- oder Zustimmungsquorums bei Volks- oder Bürgerentscheiden haben nur ein Ziel: die Abschaffung der direkten Demokratie! Die Menschen sollen daran gehindert werden, sich aktiv an der Gestaltung ihrer Stadt zu beteiligen.

Es liegt im Interesse der Initiativen, sich gegen diesen Abbau demokratischer Rechte zur Wehr zu setzen.

Eine Evokation durch den Senat, um das Ergebnis eines erfolgreichen Bürgerentscheides auf Bezirksebene zu korrigieren, ist in höchstem Maße undemokratisch!

Aber wie schrieb schon Bertolt Brecht im Jahre 1953: „Wäre es da nicht doch einfacher, die Regierung löste das Volk auf und wählte ein anderes?“

M. Kuckhoffs
Stoppt Langenhorn 73

Brennpunkte

Ein Versuch der räumlichen und historischen Visualisierung von Widerstandskultur in Hamburg.

Um bei der Menge an Initiativen und umstrittenen Orten der letzten Jahre den Überblick nicht zu verlieren, entwickelten die Aktivist_innen von ‚PoKoBi‘ eine Hamburgkarte in der Initiativen, Aktionsgruppen, stadtpolitische

Brennpunkte und erfolgreiche Projekte aber auch ‚Verlorene Orte‘ eingetragen werden können. Bei der Recherche ist uns aufgefallen, dass die momentane Protestwelle keineswegs ein Phänomen der 2000er Jahre ist. Auch vor 30 Jahren gab es in Hamburg bereits eine ausgeprägte

Widerstandskultur. Die Seite soll also neben aktuellen Konflikten auch die der Vergangenheit dokumentieren, denn „Geschichte, die nicht niedergeschrieben wird,



hat nicht stattgefunden.“

Und so geht es: Für den Eintrag auf der Seite findet Ihr unter „Ini eintragen“ ein kurzes Formular.

Name der Ini; Thema/Ortsname; Straße mit Nummer, sowie eine Kurzbeschreibung genügen.

Wir benötigen eine Mailadresse, die nicht auf der Website angezeigt wird.

pokobi

brennpunkte@pokobi.de
brennpunkte.pokobi.de

Stadt denen die drin leben

Besetzung von Leerständen muss entkriminalisiert werden

Mietenwahnsinn, Gentrifizierung, Verdrängung – die Auswirkungen des kapitalistischen Standortwettbewerbs sind zum Modethema geworden. Ebenso sind unterschiedlichste Lösungsrezepte in der Diskussion: Wohnungsbauprogramme, soziale Erhaltungsverordnungen, Mietobergrenzen, Bebauungspläne, Bürger_innenbeteiligung und manch andere. Im Vorfeld der Mietendemo im Herbst 2011 wurde sich darüber hinaus mit der Forderung „Wohnraum vergesellschaften!“ grundsätzlich positioniert und der Stadt als Ware und Standortfaktor eine selbst gemachte Stadt, die allen gehört, entgegen gestellt:

„Stadt selbst machen bedeutet die Bedürfnisse aus den vermeintlichen Sachzwängen und den Nischen des Alltags zu befreien und sich den städtischen Raum anzueignen. Vergesellschaftung in diesem Sinne ist keine Verstaatlichung. Sie meint einen Prozess selbstbestimmter Kollektivierung, der nicht darauf abstellt, private Besitztümer von A nach B zu verschieben, sondern eine solidarische Gesellschaft zum Ziel hat. Wenn wir uns den städtischen Raum nehmen, dann in dieser Perspektive der Aneignung.“

Eine Form dieser spontanen und selbstgemachten Aneignung städtischen Raums ist die in den letzten Jahren wieder mehr ins Gespräch geratene Hausbesetzung. Leider war die Ankündigung, den Astraturm oder andere der 1,4 Millionen qm leer stehenden Büroraums zu besetzen, bisher nicht umsetzbar. Aber mit dem ehemaligen Erotic Art Museum, in der Juliusstraße 40, und dem kurzfristig im ehemaligen Finanzamt Altona eingerichteten Autonomen Zentrum Altona, wurde im Diskurs über billigen Wohnraum, Mietenwahnsinn, Leerstand und selbstbestimmte Räume offensiv Position bezogen.

Auch kurzfristige Aktionen mit Aneignungscharakter wie ‚Fette

Mieten Parties‘ oder das ‚Kulttreiben‘ zum ehemaligen Realmarkt beeinflussen hier die öffentliche Wahrnehmung von Eigentumsverhältnissen und Verfügungsgewalt. Nicht weniger, aber eben auch nicht mehr. Nach wenigen Stunden wird das Haus mit Gewalt geräumt, auch wenn solidarische Menschen vor dem Haus dies ein wenig verzögern.

Die im Haus angetroffenen Personen werden mit Repressalien und Geldstrafen überzogen; mit der Absicht, dass die meisten Betroffenen diese Aktion so bald nicht wiederholen, andere abgeschreckt werden und Gruppen und Strukturen die nächste Zeit mit Solierklärungen, Prozessbesuchen und Spenden sammeln beschäftigt sind.

Hier setzt die Forderung nach der Entkriminalisierung von Hausbesetzungen richtig an – sowohl um eine eher abstrakte Vergesellschaftungsperspektive praktisch umsetzbar, als auch um diese Vergesellschaftungspraxis alltäglicher zu machen. Leider bleibt dies aber bisher lediglich solidarische Haltung und radikales Label. Im Folgenden einige Thesen, wie man an dieser Stelle weiter kommen könnte.

Die Forderung nach Entkrimi-

nalierung von Hausbesetzungen muss breiter in die Öffentlichkeit getragen und offensiver gestaltet werden. Besetzung als legitimer Eingriff in die scheinbar unumstößlichen Verhältnisse, angesichts von Zweckentfremdung durch Leerstand von Büro- und Wohnraum oder Nutzung als Feriendomizil, muss in der öffentlichen Diskussion viel präsenter sein.

Dass hier sogar juristisch was geht, zeigte die Argumentation des Verteidigers im letzten Juliusstraßen-Prozess, von der Zweckentfremdungsverordnung bis zur Sozialbindung des Eigentums im Grundgesetz.

Denkbar wäre beispielsweise eine Regelung wie bis vor kurzem in den Niederlanden, wo die Besetzung von mehr als einem Jahr leer stehenden Gebäuden legal war. Aber auch in der BRD wurden in den achtziger Jahren Hausbesetzer_innen frei gesprochen, auch wenn diese Urteile selten über eine Instanz Bestand hatten.

Das durchweg positive Presseecho nach den Besetzungen der letzten Zeit zeigt zum einen, dass hier durchaus wohlwollende Aufmerksamkeit besteht. Zum anderen aber, dass beispielsweise in

der öffentlichkeitswirksamen Begleitung der Hausbesetzungsprozesse bisher die Chance vertan wurde, weiter offensiv in diese Richtung zu argumentieren.

So eine Kampagne kann aber nicht – wie bisher üblich – von den Betroffenen und ihrem unmittelbaren Umfeld im Alleingang geleistet werden. Öffentlichkeitsarbeit und Kampf gegen Repression, auf juristischer und politischer Ebene, müssen eine größere Breite bekommen.

Nicht zuletzt ist auch finanzielle und politische Solidarität mit Besetzer_innen in größerem Ausmaß nötig. Anstatt der Welle von Kosten hinterher zu laufen, könnte etwa bereits im Vorfeld ein Solidfond bereitgestellt werden.

Darüber hinaus müssen zukünftige Aktionen mehr Möglichkeiten schaffen, wie man eine unmittelbare Räumung umgehen kann. Hier muss kreativ – und in einem anderen Rahmen – über Lösungen nachgedacht werden, die den Stillstand um besetzte Häuser und Projekte in Hamburg beenden.

Die Häuser denen, die sie sich nehmen! Die Stadt gehört allen!

Freies Netzwerk für den Erhalt des Schanzenparks

„Neue Mitten“

Das von der BSU partizipierte Altonaer „Bürger“forum tut nicht was es soll

Mit großer Mehrheit hat sich das ‚Bürger‘_innen-Plenum ‚Neue Mitte‘ Altona am 2.2.2012 dafür ausgesprochen die Hamburger Bürgerschaft und die Bezirkspolitik in Altona aufzufordern, das Verfahren für die Planung zur „Neuen Mitte“ Altona zu pausieren.

In 9 Punkten definiert das Forum welche Forderungen als Grundlage

erfüllt und welche Verbesserungen umgesetzt werden müssen.

Eine Entscheidungspause (Muratorium) ist notwendig, um unter Anderem auch ein erhebliches Kostenrisiko für die Stadt Hamburg zu vermeiden. Eine Überarbeitung soll die Planung durchdachter und nachhaltiger machen.

Das Forum kritisiert u.A., dass zentrale Forderungen aus dem Beteiligungsverfahren nicht übernommen und ausschließlich Interessen der Investoren berücksichtigt wurden. Weiter wird bemängelt, dass mit 1/3 Anteil kaum günstiger Wohnraum geschaffen und damit der Notwendigkeit einer sozialen Stadtentwicklung eine deut-

liche Absage erteilt wird.

Gemeinsam mit den Initiativen Lux & Konsorten, Altopia und Lebendiges Altona e.V. hat das Gremium sich an dem Planungsprozess ehrenamtlich und höchst sachkundig beteiligt.

Forderungen und Unterschriftenliste:

agenturfuerausgleich.org

Schlaglöcher

Zum Blankeneser Neujahrsempfang äußerte sich Herr Olaf Scholz (Hamburger Bürgermeister) zur Elbphilharmonie die ihm „*lieb und teuer*“ sei. Er hofft tatsächlich eines Tages darin sitzen zu können und zu vergessen was das Ding gekostet hat. Einfach nur schön finden will er das dann. Na ja, wir vergessen auch gerne, dass die SAGA-GWG dafür 500 Millionen abdrücken musste. Hauptsache er fühlt sich wohl, der Herr Bürgermeister!

Reiche in Hamburg werden jede Minute um 22.700 Euro reicher: Das private Vermögen in Hamburg liegt bei 210 Milliarden Euro. Durch eine Vermögensteuer würde Hamburg jährlich bis zu einer Milliarde Euro einnehmen. Die Vermögensuhr hängt im Foyer des Gewerkschaftshauses. Aktueller Stand unter: hamburg.verdi.de.

Gefahr aus der Wasserleitung? Große Warmwasseranlagen müssen in Hamburg jetzt regelmäßig auf Legionellen-Befall untersucht werden. **Bezahlen müssen** das bürokratische Ungetüm, mit finanziellen Vorteilen für zertifizierte Prüfbetriebe, **die Mieter_innen**. Eine einfache Vorschrift über das Plombieren der Boilertemperatur würde ausreichen. Wenn Wasser mindestens 1x wöchentlich auf 60° erhitzt wird, sterben Legionellen sofort ab.

Heftige Rammarbeiten in der Bernhard-Nocht-Straße ließ die Giebelwand eines denkmalgeschützten Gebäudes zusammenbrechen. Die Investoren ignorieren die Warnzeichen und ließen die Bauarbeiten für den massiven Bau von Tiefgaragen und Neubauten, inmitten der umliegenden Altbauten, weiterlaufen. Haben die Investoren ihre Bausicherungspflicht vernachlässigt? Das Gebäude wurde inzwischen vollständig abgebrochen. Die Anwohner_innen-Initiative „SOS St. Pauli“ fordert einen sofortigen Baustopp. Inzwischen stellte das Denkmalschutzamt Strafanzeige.

Ottensen doch noch schöner - ohne Döner Der Eck-Kiosk und Dönermann am Spritzenplatz sind weg. Dafür gibt's an dieser Ecke jetzt „LoveBoots“. Wir sind froh über die netten Stiefelettchen mit Schnällchen und Applikationen. Endlich Schluss mit 1-Euro Kaffee, Zeitung lesen, Fußballspiele sehen und Feierabendbier auf den Außenbänken! Endlich auch Schluss mit „Dat Backhuus“ in dem Tagträumer, Hartz IV-Rentner und Boulevardphilosophen ihre Zeit verträdelten, anstatt der ersten Bürgerpflicht nachzukommen – zu shoppen! SIX heißt der neue Laden und verspricht Schmuck und Accessoires für sie und für ihn für den täglichen Konkurrenzkampf. Da verzichten wir doch gerne auf Bierchen, Brötchen und Döner!

Das Tor zur Disneystadt: Neben Eventstadt, Musikstadt, Messe- und Kongressstadt, Sport- und Filmstadt, ist Hamburg auch Hafenstadt und liegt bekanntlich nicht in den Bergen – trotzdem soll eine Seilbahn über die Elbe gebaut werden. Nordstrecke: Start an der Glacischaussee; Über eine Stütze an der Helgoländer Allee im Elbpark; In 80 Metern Höhe über die Elbe zu einer zweiten Stütze neben dem Theater im Hafen; Zwischenstation hinter dem Theater im Hafen; Dort Umsteigen in die Süd-strecke (entlang Ellerholzdamm im Freihafen, 4km bis Wilhelmsburg zur Station am Reiherstieg-Knie). Die Macher fordern vom Senat, dass er entschlossen und mutig das Planfeststellungsverfahren vorantreibt. Schließlich leistet die Tourismuswirtschaft ja auch einen entscheidenden Beitrag zur Lebensqualität in Hamburg!

Das Hebebrandquartier in Barmbek. Hinweis auf ein Architektenforum: deutsches-architektur-forum.de/forum/showthread.php?p=323362 Dort diskutieren die „Jäger der Kleingärten“ über die angebliche „sozialität“ von Kleingärten. Da alle Kleingartenvereine ten-

dientell bedroht sind, bittet die Initiative ‚Eden für Jeden‘ Kleingärtner sich bei ihnen zu melden, um eine Vernetzung, gegenseitige Information und Aktionen umzusetzen. Kontakt: Eden für Jeden, Kämmererufer 12e, 22303 Hamburg

Die Überdimensionierung des BSU-Neubaus in Wilhelmsburg gibt einen Anlass dafür her das dortige Schwimmbad zu verlegen. Mindestens sieben Monate soll Wilhelmsburg nun, entgegen Versprechungen der IBA, ohne Schwimmhalle sein. Auch Schwimmvereine und Schulen aus dem gesamten Hamburger Süden sind betroffen.

Auf dem Berta-Kröger-Platz in Wilhelmsburg sollen die Bäume „ausgetauscht“ werden So wird die Welt besser, durch Baum-Austausch. Alte Bäume sind lästig. Sie verschmutzen die Umwelt mit Laub, verbrauchen Raum und stehen schönen neuen Planungen im Weg. Haben Sie noch irgendwo einen herkömmlichen Altbaum? Jetzt sind Aktionswochen! Störende Altbäume müssen nicht mehr sein! Tauschen auch Sie Ihren sperrigen Problembaum gegen einen modernen und IBA-tauglichen ‚smart-tree‘ aus!

Sie haben ein Haus gebaut und finden keine Mieter? Wenden sie sich doch an die Stadt! Für den Fall, dass sich für das im Bau befindliche Überseequartier keine privaten Mieter finden, könnte das Bezirksamt-Mitte in den Neubau in der HafenCity ziehen. Grund: Die Stadt hatte dem Bauherrn des Überseequartiers versprochen die Flächen bei Leerstand selbst zu mieten.

Das ehemalige Finanzamt Altona für Kreativ-Wirtschaft: Kulturse-natorin Prof. Barbara Kisseler: „Die Stadt braucht dringend mehr Räume für Kreative, wenn sie im Wettbewerb der Metropolen attraktiv bleiben will. Die Kreativ Gesellschaft konnte allein 2011 rund 7.000 qm an Kreative vermitteln.“

Bei einer Miete um effektiv ca. 10 Euro, werden hier prekär arbeitende Künstler_ oder Kulturarbeiter_innen sicher nicht angesprochen. Dieses ‚Kreativ-Agentur-Schaff-Räume-Angebot‘ ist ein Schnäppchen für die Wirtschaft, aber nicht für Künstler_innen!

Am 2. Juni wollen Nazis unter dem Motto „Tag der deutschen Zukunft – Unser Signal gegen Überfremdung“ durch Hamburgs Innenstadt marschieren. Wir rufen alle Menschen dazu auf, den Nazis nicht die Straße zu überlassen.

Keine pauschalen Mieterhöhungen in Berlin: der Berliner Stadtentwicklungssenator Michael Müller hat den landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften eine Abfuhr erteilt. „Pauschale Mieterhöhungen wird es mit mir nicht geben.“ Damit reagierte Müller auf eine Forderung der sechs Berliner Wohnungsgesellschaften, aufgeschobene Mieterhöhungen bald nachzuholen.

Wunder Punkt in Altona Eine wesentliche Voraussetzung für die Bebauung des zweiten Bauabschnitts für die „Neue Mitte Altona“ ist seit Juli 2010 überfällig: die Bahn hat noch keine Entscheidung über die Verlegung des Bahnhofs zum Diebsteich getroffen! Aber eine Planungspause wird abgelehnt – wer hat es denn da so eilig? Und warum?

KEBAP e.V. arbeitet mit viel Energie an der Umsetzung des ersten Hamburger Kulturenergiebunkers in Altona. Dieses Jahr würde dazu ein entscheidendes Jahr und dazu bittet der Verein um Unterstützung.

Am 12.4. plant KEBAP ein Solikonzert für das Projekt im Übel & Gefährlich. Mehr dazu unter der Adresse: kulturenergiebunker.de

Kebap e.V. unterstützen, oder sich informieren: jeden ersten Donnerstag im Parkcafé im Walter-Möller-Park.